



Sitzungsperiode: 2014-2015
Sitzungsdatum: 22. Juni 2015

AUSFÜHRLICHER BERICHT

INHALTSVERZEICHNIS

Eröffnung und Anwesenheiten	5
Genehmigung der Tagesordnung	5
Hinterlegung von Dekretentwürfen und anderen Regierungsinitiativen	5
Annehmbarkeit von Dekret- und Resolutionsvorschlägen	6
Mitteilungen.....	6
<p>Abstimmung über die begründeten Anträge im Anschluss an die Debatte über die mündliche Frage von Herrn Frank an Herrn Ministerpräsidenten Paasch zu den Folgen des Konzertierungsausschusses für die Haushalts- und Finanzsituation der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie über die mündliche Frage von Herrn Servaty an Herrn Ministerpräsidenten Paasch betreffend die aktuelle finanzpolitische Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....</p>	
<p>Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 3</p> <p>- Diskussion und Abstimmung</p>	8
<p>Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits, geschehen zu Brüssel am 27. Juni 2014 – Dokument 54 (2014-2015) Nr. 1</p>	
<p>Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits, geschehen zu Brüssel am 27. Juni 2014 – Dokument 55 (2014-2015) Nr. 1</p>	
<p>Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, geschehen zu Brüssel am 21. März 2014 und am 27. Juni 2014 – Dokument 56 (2014-2015) Nr. 1</p>	
<p>- Diskussion und Abstimmung</p>	43

VORSITZ: Herr K.-H. LAMBERTZ, Präsident

SEKRETÄR: Herr F. WIRTZ

Die Sitzung wird um 17.02 Uhr eröffnet.

ERÖFFNUNG UND ANWESENHEITEN

HERR LAMBERTZ, Präsident: Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die heutige Plenarsitzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Anwesend sind die Herren M. BALTER, M. BRAEM, F. CREMER, D. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren G. FRECHES, H. GROMMES, Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, die Herren K.-H. LAMBERTZ, A. MERTES, A. MIESEN, A. MOCKEL, R. NELLES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, A. VELZ und F. WIRTZ, Herr Ministerpräsident O. PAASCH, die Herren Minister A. ANTONIADIS und H. MOLLERS sowie Frau Ministerin I. WEYKMANS, der beratende Mandatar Herr H. NIESSEN sowie der Europaabgeordnete Herr P. ARIMONT.

Entschuldigt sind Frau P. CREUTZ-VILVOYE, Frau M. DHUR, die Herren L. FRANK, C. GENTGES, W. REUTER und L. SIQUET sowie die beratende Mandatarin Frau A. MARENNE-LOISEAU.

Abwesend sind die Herren beratenden Mandatäre A. OSSEMANN und B. ZACHARIAS, die Regionalabgeordneten Frau J. MÖRES und Herr E. STOFFELS sowie die Kammerabgeordnete Frau K. JADIN.

GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG

HERR LAMBERTZ, Präsident: Gemäß Artikel 30 §4 der Geschäftsordnung unterbreite ich dem Parlament die vom Präsidium festgelegte Tagesordnung zur Genehmigung. Kein Einwand? Dem ist so. Dann gehen wir zur Tagesordnung über.

HINTERLEGUNG VON DEKRETENTWÜRFEN UND ANDEREN REGIERUNGS-INITIATIVEN

HERR LAMBERTZ, Präsident: Die Regierung hinterlegte folgende Dekretentwürfe:

1. den Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2015 – Dokument 64 (2014-2015) Nr. 1. Dieser Dekretentwurf wird an den Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung verwiesen.

2. den Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Französischen Gemeinschaft (ONE), der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Ankauf von Impfstoffen zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Schwangeren, geschehen zu Brüssel am 18. Februar 2015 – Dokument 65 (2014-2015) Nr. 1. Dieser Dekretentwurf wird an den Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales weitergeleitet.

3. den Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente – Dokument 66 (2014-2015) Nr. 1. Dieser Dekretentwurf wird an den Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit weitergeleitet.

Ferner hinterlegte die Regierung:

4. den Jahresbericht der Regierung über Initiativen und Projekte im Bereich der Außenbeziehungen – Dokument 67 (2014-2015) Nr. 1 –, der bereits im Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit behandelt worden ist.

ANNEHMBARKEIT VON DEKRET- UND RESOLUTIONSVORSCHLÄGEN

HERR LAMBERTZ, Präsident: Zur Annehmbarkeit liegt vor der Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 19. Dezember 1988 zur Verleihung des Preises des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 68 (2014-2015) Nr. 1. Gibt es einen Einwand gegen die Annehmbarkeit? Das ist nicht der Fall.

Ich schlage vor, diesen Dekretvorschlag direkt in der Plenarsitzung vom 29. Juni 2015 zu behandeln. Kein Einwand? Dem ist so.

MITTEILUNGEN

HERR LAMBERTZ, Präsident: Der Rechnungshof übermittelte am 22. Mai 2015 seinen Bericht zum Dekretentwurf zur ersten Anpassung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 2, der heute zur Debatte steht.

Die Nationale Kinderrechtskommission übermittelte am 22. Mai 2015 ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2014.

Das Beratende Komitee für Bioethik übermittelte am 4. Juni 2015 seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2014.

Diese beiden Tätigkeitsberichte sind an den Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales weitergeleitet worden.

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelte am 22. Mai 2015 den Tätigkeitsbericht 2013-2014 zur Marke „Made in Ostbelgien“.

Die Ständige Nationale Kulturpaktkommission übermittelte am 28. Mai 2015 ihren Jahresbericht 2014.

Die Tourismusagentur Ostbelgien übermittelte am 8. Juni 2015 ihren Tätigkeitsbericht 2014.

Diese drei Dokumente sind an den Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung weitergeleitet worden.

Die Stadt St. Vith übermittelte am 16. Juni 2015 die vom Stadtrat am 27. Mai 2015 verabschiedete Resolution zwecks definitiver Beendigung der Verhandlungen zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Dieses Dokument ist an den Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit weitergeleitet worden.

ABSTIMMUNG ÜBER DIE BEGRÜNDETEN ANTRÄGE IM ANSCHLUSS AN DIE DEBATTE ÜBER DIE MÜNDLICHE FRAGE VON HERRN FRANK AN HERRN MINISTERPRÄSIDENTEN PAASCH ZU DEN FOLGEN DES KONZERTIERUNGS-AUSSCHUSSES FÜR DIE HAUSHALTS- UND FINANZSITUATION DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT SOWIE ÜBER DIE MÜNDLICHE FRAGE VON HERRN SERVATY AN HERRN MINISTERPRÄSIDENTEN PAASCH BETREFFEND DIE AKTUELLE FINANZPOLITISCHE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT*

HERR LAMBERTZ, Präsident: Im Anschluss an die Debatte über die mündliche Frage von Herrn Frank an Herrn Ministerpräsidenten Paasch zu den Folgen des Konzertierungsausschusses für die Haushalts- und Finanzsituation der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie über die mündliche Frage von Herrn Servaty an Herrn Ministerpräsidenten Paasch

* Veröffentlicht im *Bulletin der Interpellationen und Fragen* Nr. 8 vom 4. Juni 2015

betreffend die aktuelle finanzpolitische Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden in der Sitzung des Ausschusses I vom 4. Mai 2015 zwei begründete Anträge hinterlegt. Diese begründeten Anträge werden heute zur Abstimmung gebracht.

Den definitiven Wortlaut der Debatte konnten Sie im *Bulletin der Interpellationen und Fragen* Nr. 8 vom 4. Juni 2015 nachlesen. Somit steht der heutigen Abstimmung über die begründeten Anträge nichts mehr im Wege.

Gemäß Artikel 66 §5 der Geschäftsordnung bringe ich Ihnen den Wortlaut der beiden Anträge nochmals zur Kenntnis.

Der von den Herren Frank, Grommes, Balter und Mockel hinterlegte begründete Antrag lautet wie folgt:

„Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

nach Anhörung der mündlichen Frage von Herrn Frank zu den Folgen des Konzertierungsausschusses für die Haushalts- und Finanzsituation der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der diesbezüglichen Wortmeldungen und der ausführlichen Antwort des zuständigen Ministers,

fordert die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf,

dem Parlament vor Verabschiedung der ersten Anpassung des Haushalts 2015 und angesichts der inzwischen obsoleten Simulation von November 2014 eine neue Prospektion für die kommenden Haushalte vorzulegen.“

Der von Frau Klinkenberg und den Herren Servaty und Miesen hinterlegte begründete Antrag lautet wie folgt:

„Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

im Anschluss an die Debatte zur Haushalts- und Finanzsituation der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Ausschusssitzung vom 4. Mai 2015,

fordert die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf,

- an ihrer umsichtigen und weitsichtigen finanzpolitischen Handlungsweise festzuhalten;*
- sich weiterhin für die Korrektur des Berechnungsfehlers, der zu einer Unterfinanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einigen der neuen Zuständigkeiten im Rahmen der Sechsten Staatsreform führte, stark zu machen;*
- das Parlament regelmäßig und gegebenenfalls kurzfristig über neue Entwicklungen in diesem Bereich zu informieren.“*

Gemäß Artikel 66 §3 der Geschäftsordnung werden die begründeten Anträge, die zu derselben Stellungnahme der Regierung eingereicht wurden, in der chronologischen Reihenfolge ihrer Hinterlegung zur Abstimmung gebracht. Demnach stimmen wir zunächst über den von den Herren Frank, Grommes, Balter und Mockel hinterlegten begründeten Antrag ab.

Es stimmen mit Ja die Herren A. MERTES, A. MOCKEL, R. NELLES, M. BALTER, M. BRAEM, Frau F. FRANZEN und Herr H. GROMMES.

Es stimmen mit Nein Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, die Herren K.-H. LAMBERTZ, A. MIESEN, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, A. VELZ, F. WIRTZ, F. CREMER und G. FRECHES.

Der Antrag ist mit 7 Jastimmen gegen 11 Neinstimmen abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den von Frau Klinkenberg und den Herren Servaty und Miesen hinterlegten begründeten Antrag.

Es stimmen mit Ja Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, die Herren K.-H. LAMBERTZ, A. MIESEN, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, A. VELZ, F. WIRTZ, F. CREMER und G. FRECHES.

Es stimmen mit Nein die Herren A. MERTES, A. MOCKEL, M. BALTER und Frau F. FRANZEN.

Es enthalten sich der Stimme die Herren R. NELLES, M. BRAEM und H. GROMMES.

Der Antrag ist mit 11 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Regierung wird davon in Kenntnis gesetzt.

DEKREENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2015 – DOKUMENT 5-1-HH2015 (2014-2015) NR. 3

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR LAMBERTZ, Präsident: Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 3.

Für die Berichterstattung zu diesem Dekretentwurf hat es eine doppelte Bezeichnung gegeben. Nach Absprache mit dem Berichtersteller Herrn Velz wird Herr Miesen den Bericht vortragen. Nach der Berichterstattung ist für die anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen eine Redezeit von 20 Minuten pro Fraktion festgelegt worden. Für die Antworten der Regierung hat das Präsidium eine Richtredezeit von insgesamt 40 Minuten vorgesehen. Für eventuelle Erwiderungen stehen maximal fünf Minuten pro Fraktion zur Verfügung. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Herrn Miesen, den Bericht vorzutragen.

HERR MIESEN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In mehreren Sitzungen befassten sich die Mitglieder des für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit zuständigen Ausschusses I sowie der einzelnen Fachausschüsse mit dem Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Haushalts 2015 – Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 1.

Als erläuternde Dokumente hinterlegte die Regierung dazu eine allgemeine Rechtfertigungserklärung – Dokument 9-HH2015 (2014-2015) Nr. 1, einen angepassten Infrastrukturplan – Dokument 7 (2014-2015) Nr. 3 – sowie im Laufe der Beratungen eine aktualisierte Finanzsimulation – Dokumente 7 (2014-2015) Nr. 4 und 9-HH2015 (2014-2015) Nr. 2.

Zunächst gab die Regierung in der Plenarsitzung vom 20. April 2015 grundlegende Erläuterungen zur ersten Haushaltsanpassung, nachzulesen im *Ausführlichen Bericht* Nr. 12.

Im federführenden Ausschuss I wurden der verfügbare Teil des Dekrets, die Anpassungen der Einnahmen und die den Ausschuss betreffenden Anpassungen der Ausgaben sowie des Infrastrukturplans vorgestellt und beraten. Die Ausschüsse II bis IV behandelten die Anpassungen der Ausgaben und des Infrastrukturplans in den jeweils relevanten Organisationsbereichen bzw. Programmen.

In einer gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse erläuterte ein Vertreter des Rechnungshofs dessen Bericht, der als Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 2

veröffentlicht ist, und die Regierung nahm dazu Stellung. In einer weiteren gemeinsamen Sitzung wurden Fragen der Parlamentsmitglieder beantwortet und erläuterte die Regierung ihre aktualisierte Finanzsimulation.

Zum Dekretentwurf wurden keine Abänderungsvorschläge hinterlegt.

Zur ausführlichen Kenntnisnahme der Erörterungen in den Ausschüssen verweise ich auf den Ausschussbericht – Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 3.

Zu den Abstimmungen: Die Artikel 1 bis 7 des Dekretentwurfs wurden im federführenden Ausschuss I mit 3 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

Die Gesamtheit des Dekretentwurfs sowie die Anhänge und Anlagen wurden ebenfalls mit 3 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

Der zur Abstimmung vorliegende Teil des Ausschussberichts einschließlich der Stellungnahmen der Ausschüsse II, III und IV wurde einstimmig gutgeheißen.

Für die weitere schriftliche Berichterstattung wurde dem Berichtersteller einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des Dekretentwurfs – Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 1.

Ich danke der Verwaltung für die Erstellung des Berichts und Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner Applaus)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Möchte jemand zum Bericht Stellung nehmen? Dem ist nicht so. Dann ist die allgemeine Diskussion eröffnet. Wir beginnen mit den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat Herr Grommes das Wort.

HERR GROMMES (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! In puncto Haushaltssituation der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es verschiedene Herangehensweisen. Mir liegt die Herangehensweise, die es kurz und knapp auf den Punkt bringt.

Im Vergleich zum ursprünglichen Haushalt verringern sich die Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft um rund 3 Millionen Euro und erhöhen sich die Ausgaben um 6,5 Millionen Euro, was insgesamt eine Verschlechterung von 9,5 Millionen Euro darstellt. Und noch etwas: Laut Bericht des Rechnungshofs belaufen sich die Schulden der Deutschsprachigen Gemeinschaft Ende 2014 auf 125 Millionen Euro. Das sind 18 Millionen Euro mehr als Ende 2013. Das sind wichtige Fakten, die keiner hier im Hause in Frage stellt.

In puncto Finanzen bleibt die Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft mithin angespannt. Wir geben mehr Geld aus, als wir einnehmen, und der Schuldenberg wächst. Jeder erkennt, dass angesichts dieser Haushaltsprognosen sehr viel auf dem Spiel steht. Die Deutschsprachige Gemeinschaft braucht dringend mehr Geld, um über die Runden zu kommen. Dieses Geld – so hofft die Regierung – soll seitens des Föderalstaates fließen, weil der Übergangsmechanismus in Sachen Finanzierung der Sechsten Staatsreform für die Deutschsprachige Gemeinschaft äußerst ungünstig ist. Wann etwas, ob überhaupt etwas und wie viel kommen soll, ist noch nicht klar. Klar ist nur, dass ohne dieses Geld keiner so richtig weiß, wie es weitergehen soll. Es ist also an der Zeit, dass sich hier etwas bewegt.

Dennoch kann man sich fragen: Worin besteht eigentlich das grundsätzliche Problem? Was ist eigentlich los in der Deutschsprachigen Gemeinschaft? Warum bekommt die Regierung seit Jahren die Finanzen nicht in den Griff? Und warum sucht sie nach neuen

Erklärungen dafür, wer für die unangenehme Haushaltssituation die Verantwortung trägt? Man hat den Eindruck, dass alle Schuld tragen am Leid der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Schuld sind die anderen, aber die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst ist unschuldig.

Eine zufriedenstellende Lösung fehlt allerdings bisher; eine Lösung, die der Bevölkerung den Mehrwert gibt, den sie sich von einem Gemeinwesen erhoffen und erwarten kann, fernab von der Rhetorik, von der ein Kommentator einst sagte, sie sei das „Gejammer darüber, vom Schicksal gebeutelt zu sein“. Völlig zu Recht erwartet nämlich die Bevölkerung, dass sie auch morgen noch in den Krankenhäusern von Eupen und St. Vith versorgt werden kann, dass für betagte Angehörige Platz im Altenheim ist und dass der Zustand der Straßen in Ordnung ist.

Wir fordern ein starkes Auftreten unserer Regierung mit entsprechend starken Resultaten, die übrigens genauso stark sind wie das Auftreten der Regierung in der Presse. Das wäre ein echter Gewinn für uns alle. Deshalb möchte ich auch zum Schluss folgende Fragen an die Regierung richten: Wann wird alles gut? Wann sind Resultate zu erwarten und Lösungen in Sicht? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der CSP)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Herr Velz das Wort.

HERR VELZ *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Haushaltsanpassungen sind in der Regel wenig spektakulär, weil sie meistens keinen nennenswerten Einfluss auf die haushaltspolitische Gesamtlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben. Dennoch können punktuelle Verschiebungen und Anpassungen durchaus ein guter Gradmesser für die Disziplin, die Qualität und die Flexibilität der Regierungsarbeit sein. In schwierigen Zeiten wie diesen sind sowohl Disziplin als auch Flexibilität gefragt. Wir leiden immer noch unter den Folgen der Finanz- und Bankenkrise der letzten Jahre, vor allem, weil sich dadurch die Wachstums- und Inflationsrate, die beiden wichtigsten Wirtschaftsparameter, an die unsere Einnahmen gekoppelt sind, seit einigen Jahren schlecht entwickeln. Zwar haben wir derzeit keinen Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen, aber mit einer Wachstumsprognose von gerade einmal 1,0 % können wir keine großen Sprünge machen. Hinzu kommt, dass wir im Augenblick eine Inflationsrate von 0,0 % haben, was zur Folge hat, dass unsere Einnahmen stagnieren, während auf der anderen Seite die Ausgaben, beispielsweise durch die automatischen Gehaltserhöhungen der Beamten und Angestellten, kontinuierlich steigen.

Wir stehen mit diesem Problem jedoch nicht alleine da, denn der Föderalstaat, die anderen Teilstaaten Belgiens und übrigens auch die benachbarten deutschen Bundesländer haben mit demselben Problem zu kämpfen. Wer aber die Lage im In- und Ausland aufmerksam verfolgt, dem ist sicherlich nicht entgangen, dass überall vor allen Dingen bei den Dienstleistungen, den Rundfunkdotationen, beim Kindergeld, beim Unterricht und bei der Beschäftigung drastische Kürzungen vorgenommen werden.

Dass hierzulande bisher niemand unter Kürzungen und Sparmaßnahmen wirklich hat leiden müssen, haben wir einerseits der strikten, verantwortungsvollen und vorausschauenden Haushaltsdisziplin der vergangenen Jahre zu verdanken, die sich nicht auf die Prognosen des Planbüros verlassen hat, sondern Wachstum und Inflation viel vorsichtiger eingeschätzt hat als die Föderalregierung in Brüssel und diese vorsichtige Schätzung als Basis für ihre Haushaltssimulation genommen hat. Andererseits trägt aber auch der intelligente Haushaltspfad für die kommenden Jahre, der uns 2018 zu einem ausgeglichenen Haushalt verhelfen wird, dazu bei, dass es nicht zu schmerzhaften Einschnitten kommen wird, vorausgesetzt die ungerechte Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten wird ausgeglichen.

Meine Damen und Herren, die oberflächlichen Mythen um den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die vor den Haushaltsdebatten im Dezember 2014 in alle Welt

hinausposaunt worden waren und seither immer wieder entkräftet werden konnten, sind in den letzten Monaten wider besseres Wissen trotzdem immer wieder aufgewärmt worden. Da hieß es zum Beispiel, die Deutschsprachige Gemeinschaft sei überschuldet und habe sich durch zu große Investitionen übernommen. Inzwischen, Herr Grommes, hat aber fast jeder Bürger verstanden, dass seine eigenen Raten prozentual bzw. pro Kopf gerechnet viel höher liegen als die der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Selbst falls die Deutschsprachige Gemeinschaft ihren gesamten Kassenkredit mit einem Schlag in eine langfristige Anleihe umwandeln müsste, würde sie sich in einer weitaus besseren und komfortableren Situation befinden als der größte Teil ihrer Bürger, und das umso mehr, als sie ja nie Anleihen für laufende Ausgaben, sondern nur für langfristige und wichtige Investitionen in den Jugendbereich, die Schulen, ihre öffentliche Daseinsvorsorge und ihre Zukunft aufgenommen hat.

Der zweite, ebenso wenig verstummende Mythos, die Deutschsprachige Gemeinschaft sei vom Föderalstaat verwöhnt und hänge an dessen Tropf oder werde von der Wallonischen Region sozusagen durchgefüttert, ist ebenso klar entkräftet worden. Fakt ist – das wurde mehrmals deutlich erklärt –, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft auf mehreren Ebenen Nettozahler ist, sei es durch den Rechenfehler bei der Übertragung von Mitteln für die Seniorenbetreuung im Zuge der Sechsten Staatsreform, durch den derzeitigen Übergangsmechanismus der Sechsten Staatsreform, durch die St.-Quentin-Abkommen oder aber durch die skandalöse Schieflage beim Rückfluss der Gelder aus den von der Provinz auf die Immobiliensteuer erhobenen Zuschlagshundertsteln.

Nichts von all den Ende 2014 geschürten Ängsten, nichts von all den Vorwürfen in Bezug auf die Haushaltspolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft war fundiert oder hat sich bewahrheitet. Jedoch haben sich die von mir genannten Missstände leider auch nicht verändert.

Im Dezember habe ich den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Namen der ProDG-Fraktion als „Defensivhaushalt“ bezeichnet. Damit meinte ich, dass wir rückläufige Einnahmen, auf die wir sozusagen keinen Einfluss haben, durch immer größere Anstrengungen ausbügeln müssen, was nicht einfach ist. Aber im Dezember habe ich auch gesagt, dass die Regierung mit der mutigen Entscheidung – von Gejammer kann da wirklich keine Rede sein –, alternative Finanzierungen umzubuchen oder vorzeitige Rückzahlungen zu tätigen, langfristig auf einem soliden Weg sei, auch wenn das kurzfristig, also in den nächsten beiden Jahren, noch zu größeren Haushaltsdefiziten führen würde.

Im Konzertierungsausschuss ist dieser Haushaltspfad für die Deutschsprachige Gemeinschaft akzeptiert worden, und wir sind fest davon überzeugt, dass es der Regierung durch verantwortungsvolles Haushalten und strikte Disziplin gelingen wird, 2018 das Budget auszugleichen. Die Haushaltsdisziplin der Regierung hat übrigens schon dazu geführt, dass 2014 bei den laufenden Ausgaben mehr als 4 Millionen Euro weniger ausgegeben worden sind, als ursprünglich vorgesehen waren. Die Haushaltsstrategie ist in unseren Augen also erfolgversprechend, denn sie packt bildlich gesprochen den Stier bei den Hörnern. Sie ist sozusagen eine Mischung aus drei Komponenten: erstens, die soeben erwähnte disziplinierte Haushaltsführung; zweitens, das derzeitige Vorziehen von Belastungen und die damit einhergehende Entlastung späterer Haushalte durch die Umwandlung von alternativen Finanzierungen in traditionelle Zuschüsse; und drittens, die sich nach einigen Jahren abschwächenden Auswirkungen des Übergangsmechanismus der Sechsten Staatsreform und, parallel dazu, die gezielten Erhöhungen von Fördergeldern und Investitionen in zukunftsträchtigen Bereichen. Die Mischung dieser drei Komponenten macht es sogar möglich, dass in wichtigen, zukunftsweisenden Bereichen noch stattliche Investitionen vorgenommen werden können. Ich denke da an satte Erhöhungen der Dotationen für die Dienststelle für Personen mit Behinderung, für den BRF, das IAWM, die sozialen Treffpunkte, die Kinderbetreuung, die Musikakademie, die Jugendarbeit – um nur einige zu nennen – und natürlich auch an die Schulen, in die jetzt noch rund die Hälfte der Infrastrukturgelder investiert wird.

Wir von ProDG sind seit jeher der Meinung, dass es gut und richtig ist, drei Viertel unseres Haushalts in die Bildung, die Ausbildung, die Gesundheit und überhaupt in den Bereich Familie und Soziales zu stecken, und dies trotz der immer noch angespannten aktuellen finanziellen Gesamtsituation.

Deshalb wird es Sie sicherlich nicht verwundern, dass ProDG der uns heute zur Abstimmung vorliegenden ersten Haushaltsanpassung gerne zustimmen wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER *(vom Rednerpult)*: Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Wir diskutieren heute über die erste Anpassung des Haushaltsplans 2015. Als er diese Haushaltsanpassung im April vorstellte, betonte Herr Paasch, dass er den Bürgern die Wahrheit, und zwar die ganze Wahrheit über die Haushaltssituation der Deutschsprachigen Gemeinschaft schulde. Ja, er hat wörtlich gesagt: „Wir schulden den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinschaft [...] die Wahrheit, und zwar die ganze Wahrheit.“

Als ich seine Worte hörte, war mein erster spontaner Gedanke: Welch eine späte Einsicht! Was haben wir denn sonst immer von Ihnen gehört, Herr Paasch? Nur die halbe Wahrheit? Oder haben Sie den Bürgern und uns etwas verschwiegen? Natürlich kann man solche Äußerungen von Ihnen als rein rhetorische Äußerungen ohne jeglichen Inhalt einstufen. Wenn Sie – wie Sie selbst gesagt haben – den Bürgern die Wahrheit über die Haushaltssituation schulden, dann frage ich Sie: Was haben Sie denn während der Haushaltsdebatte im Dezember von sich gegeben?

Kolleginnen und Kollegen, wenn der zuständige Finanzminister nach allem, was wir von ihm in den letzten Monaten und während der Haushaltsdebatte gehört haben, jetzt sagt, er schulde den Bürgern die Wahrheit, dann sollte das uns stutzig machen.

Meine Damen und Herren, die klassische Politik versucht oft zu vernebeln, zu verschleiern und Sachverhalte zu verdrehen, und damit geht die Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter zunehmend verloren. „Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd“, hat Bismarck einmal gesagt. Dem müsste man noch hinzufügen: und wie von den Regierenden in einer Haushaltsdebatte.

Der Finanzminister hat 60 Minuten gebraucht für die Vorstellung einer – ich zitiere wörtlich – „unspektakulären Haushaltsanpassung“. Die Buchungen, die er uns erklärte, sind aber nicht alles. Er hätte sich dafür weniger Redezeit nehmen und stattdessen mehr über die wesentlichen Inhalte reden können. Er brauchte dabei nicht so weit auszuholen wie sein Vorgänger, der in einem seiner Redebeiträge im Rahmen einer früheren Haushaltsdebatte Vergleiche zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den USA und Bayern gezogen hat.

Die Ausführungen von Herrn Paasch machten einmal mehr deutlich, dass die wirklich wichtigen Dinge, die die Finanzlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft beeinflussen, nicht angesprochen werden. Die heutigen Zeiten sind nicht dazu geeignet, dass sich der Finanzminister eines belgischen Gliedstaates bei seiner Haushaltsvorstellung lediglich auf Bemerkungen zu buchhalterischen Umbuchungen beschränken kann. Nein, dafür gibt es in finanzieller Hinsicht zu viele Unbekannte, dafür ist die Lage in der EU, in Belgien, in der Wallonie und auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft viel zu angespannt. Außerdem beeinflussen alle diese externen Faktoren auch den internen Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wobei nicht alle mit der finanziell misslichen Lage in unserer Gemeinschaft zu tun haben. Darüber hinaus machen sich viele Bürger Sorgen und stellen sich ernsthafte Fragen: Wie ist die interne Lage in Belgien? Schafft es der

Föderalstaat, die EU-Kriterien in den nächsten Jahren permanent einzuhalten? Sind die Renten auch in 20 Jahren noch sicher? Was geschieht mit der enormen belgischen Staatsschuld? Werden die Gliedstaaten in Zukunft finanziell verstärkt in die Verantwortung genommen? Welche zusätzlichen Kosten kommen durch die Sechste Staatsreform auf uns zu? Und welche Folgen wird die Sechste Staatsreform volkswirtschaftlich haben? Denn man muss wissen, dass jeder Euro, der der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgrund der Sechsten Staatsreform zusätzlich zufließt, anderswo in Belgien eingespart werden müsste, sonst führt dies unweigerlich zu volkswirtschaftlichen Mehrkosten.

Dazu einige aktuelle Zahlen aus dem Haushalt 2015 der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Gegenüber 2013 hat die Regierung ihr eigenes Budget um 420.000 Euro erhöht. Für das Ministerium gibt es gegenüber 2013 eine Erhöhung der Personalmittel um 1,7 Millionen Euro und für das Parlament um 500.000 Euro. Dabei handelt es sich nicht um einmalige Kosten, sondern um Personalkosten. Indexiert ergibt dies auf die gesamte Legislaturperiode eine Summe von fast 15 Millionen Euro für reine neue Verwaltungskosten! Hätte man nicht zuerst besser prüfen sollen, wo im Ministerium effizienter gearbeitet werden kann, bevor man einfach hingehet und wieder neue Leute einstellt?

Falls diese zusätzlichen Verwaltungskosten ausschließlich mit der Sechsten Staatsreform begründet werden, dann müssten diese Ausgaben an anderen Stellen eingespart werden. Dies liegt zwar nicht in der direkten Verantwortung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, aber wir alle werden irgendwie und irgendwann diese Last tragen und zahlen müssen.

Ich brauche sicherlich niemanden daran zu erinnern, dass Belgien bereits heute europaweit pro Kopf die höchsten Bürokratiekosten hat. Und wenn Herr Paasch im Rahmen der Vorstellung der ersten Haushaltsanpassung 2015 einleitend davon sprach, dass man den Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft, den Steuerzahlern, über deren Geld man zu entscheiden habe, die Wahrheit schulde, dann hätte er auch Folgendes nicht vergessen dürfen: Ganz gleich, ob ein Bürger in Namür, in Gent, in Brüssel oder in Eupen seine Steuern zahlt, ein Teil davon fließt in einen großen Topf und ein anderer Teil fließt zurück an die Regionen oder Gemeinschaften. In die Deutschsprachige Gemeinschaft fließt bekanntlich mehr Geld zurück, als von hier aus eingezahlt wird. Keiner darf dabei nur sich selbst sehen, weder ein Wallone noch ein Flame, noch ein Deutschsprachiger. Leider ist es oft das, was von politischer Seite getan wird, ja, dieses selbstbezogene Denken wird sogar noch gefördert.

Meine Damen und Herren, statt sich über Straßenschilder aufzuregen, auf denen das Wort „Wallonie“ steht, sollten Sie sich mit den wahren Problemen unserer Gemeinschaft und unseres Landes beschäftigen. Ich finde es jedes Mal beschämend, dass in unserer Gegend immer noch Schilder übermalt werden. Neulich, als ich an einem Grenzschild mit dem Hinweis „Belgien“ und „Belgique“ vorbeiging, auf dem das französische Wort „Belgique“ überpinselt war, hörte ich, wie ein kleiner Junge seinen Vater auf Niederländisch fragte, warum das französische Wort denn übermalt sei. Der Vater guckte verdutzt und fand in dem Moment keine Antwort. Das Beschmieren von Straßenschildern wirft kein gutes Licht auf ein Gebiet, das gerne mit seiner Mehrsprachigkeit wirbt, und zeugt auch nicht von einer positiven Entwicklung. Wenn in Flandern immer weniger junge Leute Französisch sprechen und in der Wallonie die anderen Landessprachen nach wie vor kaum gefördert werden, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn Kinder sich Fragen stellen und Eltern darauf keine Antworten geben können.

Meine Damen und Herren, solche Vorkommnisse sollten wir auch hier im Parlament thematisieren. Vielleicht sollte die Deutschsprachige Gemeinschaft noch mehr den Dialog mit den Bürgern suchen. Besonders für Schulklassen kann dies interessant sein. Man könnte beispielsweise gemeinsame Ferienlager für Schulkinder organisieren oder Ähnliches.

Mit Entscheidungen wie dem unseligen Interessenkonflikt, den wir vor einigen Jahren entfacht hatten, haben wir uns im nördlichen Landesteil sicherlich keine Freunde gemacht.

Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zurück zur Haushaltsanpassung. Herr Paasch hat 60 Minuten gebraucht, um einige buchhalterische Umbuchungen zu erklären ...

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): 35 Minuten!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... und am Ende hat er sich sogar damit gebrüstet, dies in einer doch recht kurzen Zeit geschafft zu haben. Dabei hätte jeder Buchhalter dies in weniger Zeit und mit mehr Klarheit hinbekommen. Vom zuständigen Finanzminister hätte man jedoch erwarten können, dass er die Materie ausführlicher erläutert und von Politik statt nur von Buchführung spricht. Immerhin wird die Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den nächsten fünf Jahren um mehr als 100 Millionen Euro ansteigen. Man hat den Eindruck, dass Herr Paasch so etwas gerne verschweigt. In einer Haushaltsanpassung kann ein Finanzminister doch darüber reden, denn die Anpassung ist ja Teil des Ganzen. Also kommen Sie mir nachher nicht mit dem Gegenargument, Herr Paasch, die Verschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hätte in einer Haushaltsanpassung nichts zu suchen!

Der von der Mehrheit oft bemühte Vergleich der finanziellen Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der eines privaten Häuslebauers ist geradezu lächerlich. Ich meine damit speziell die Version von Herrn Velz und die Schlussfolgerungen, die er aus diesem Vergleich zieht.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine fiktive Geschichte erzählen, deren Protagonisten und Handlungen frei erfunden, Ähnlichkeiten zu real existierenden Begebenheiten aber durchaus gewollt sind. Es handelt sich um einen Dialog zwischen dem Häuslebauer Dege und dem Banker Müller.

Hier der Dialog: *„Sie wollen also ein weiteres Haus bauen?“, fragt Herr Müller von der Bank.*

„Ja!“, sagt Herr Dege.

„Aber wie man hier erkennen kann, kommen Sie mit dem Geld nicht aus, das Sie einnehmen. Ihre Schulden steigen doch stetig an!“, meint der Banker.

„Das kann man so nicht sagen“, meint Herr Dege. „Das hat mit verschiedenen buchhalterischen Regeln zu tun. Lassen Sie mich das erklären!“

„Nein, nein“, sagt der Banker, „ich habe mir Ihre Unterlagen genau angeschaut. Seit Jahren kommen Sie nicht mit dem Ihnen zur Verfügung stehenden Geld aus. Sie verschulden sich doch immer weiter! Wenn Ihre eigenen Prognosen stimmen – meine Berufserfahrung sagt mir, dass diese Zahlen immer etwas geschönt werden –, dann werden Ihre Schulden in den nächsten Jahren um weitere 100 Millionen Euro ansteigen. Dabei sind Sie in den letzten Jahren bereits enorme Verpflichtungen eingegangen. Sie haben viel gebaut, sich einiges gegönnt, sind viel gereist und haben sich chauffieren lassen. Und Ihr Vorgänger war sicherlich kein gutes Vorbild, wenn ich das mal so sagen darf.“

„Aber in vier Jahren werde ich ganz sicher mit dem auskommen, was ich einnehme!“, sagt Herr Dege.

„Komisch, das haben Sie doch schon im letzten Jahr behauptet!“, meint der Banker.

„Damals wusste ich ja noch nichts von meinen neuen Zuständigkeiten!“, kontert Herr Dege.

„Die Zuständigkeiten wollten Sie doch alle haben! Das haben Sie doch immer gesagt. Wie lautete Ihr Satz doch so schön: Bereit, gewillt ...“

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): ... und in der Lage!

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Mit angepassten Finanzmitteln!
(Gelächter)

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): *Herr Dege seufzt. „Und noch eins“, sagt der Banker, „was ist eigentlich mit Ihren Geldgebern? Wenn ich das richtig verstehe, kommen diese Gelder in erster Linie von der Hauptzentrale aus Brüssel und von der Nebenzentrale aus Namür?“*

„Ja, diese Gelder sind sicher und kommen fast immer pünktlich!“, sagt Herr Dege erfreut.

„Unseren Informationen zufolge befinden sich Namür und Brüssel aber in großen finanziellen Schwierigkeiten und suchen vergeblich nach neuen Einnahmen. Man redet sogar davon, dass die Kürzungen auch Sie treffen könnten.“

„Das ist alles leeres Gerede!“, kontert Herr Dege.

„Das glaube ich nicht! Wir haben uns die Bilanzen von Brüssel und Namür angeschaut. Die sind alle nicht so rosig. Im Gegenteil, überall gibt es viel zu hohe Bürokratiekosten, riesige Altschulden und Ineffizienz in fast allen Bereichen“, erwidert Herr Müller.

„Aber das kommt, die haben Pläne. Sie werden es sehen!“, meint Herr Dege.

„Ach, Herr Dege“, seufzt nun Herr Müller, „Sie wissen so gut wie ich, dass diese Pläne nicht funktionieren werden! Ich will Ihnen etwas sagen: Unsere Bank ist in ganz Belgien aktiv. Ich bin seit mehr als 30 Jahren im Dienst und so viele Privatinsolvenzen wie in den letzten Jahren habe ich früher nie gekannt. Auch die Firmenbankrotte sind in den letzten Jahren wieder angestiegen. Viele Privatleute sind froh, wenn der Erste des Monats da ist. Immer mehr Leute haben Schulden bei ihren Energielieferanten. Teilweise sind sie zwar selbst schuld, aber die Regierungen machen es den Leuten ja vor! Keiner kommt mit dem aus, was ihm zur Verfügung steht, weder Namür oder Brüssel noch Sie, Herr Dege. Alle machen immer weiter Schulden. Sie sind ganz schlechte Vorbilder. Ab und zu haben wir Kunden, die ihre missliche Lage selbst erkennen und zum Schuldenberater gehen, aber die meisten verschulden sich immer mehr.“

Im vergangenen Jahr hörte ich, wie in einer Haushaltsdebatte ein Vertreter einer Mehrheitspartei sagte, dass sich die Gliedstaaten in Zukunft mehr auf alternative Finanzierungsmodelle konzentrieren müssten. Anfangs dachte ich: Toll! Die kommen zur Einsicht und machen vielleicht eigene Konsumscheine oder dergleichen. Aber heute weiß ich, es ging um neue Formen des Schuldenmachens, um Liquiditätsscheine. Das hört sich gut an, nur liquide bleibt man damit nur während einer gewissen Zeit. Wie ich hörte, werden diese Liquiditätsscheine nicht nur zurückgezahlt, sondern ständig neu aufgenommen.

Herr Dege, auch Ihrer Bilanz ist zu entnehmen, dass Sie am 30. September 2014 Liquiditätsscheine für 20 Millionen Euro aufgenommen haben; am 31. Dezember 2014 waren es bereits 70 Millionen Euro.“

„Ach, Herr Müller, das machen doch alle anderen auch! Und bald kommt der Aufschwung, dann bekommen wir alle wieder mehr Geld. Die Zinsen sind noch dazu so niedrig!“

„Aufschwung? Welcher Aufschwung?“, fragt Herr Müller. „Europa steckt mitten in einer Krise. Woher soll denn da der Aufschwung kommen? Wissen Sie, als Banker habe ich viel gesehen. Die Trickserie ist bald vorbei. Wenn ich sehe, wie alles stagniert, und wenn ich mir die Höhe der Verbindlichkeiten anschau – da kann man eins und eins zusammenzählen.“

„Und was dann?“, fragt Herr Dege.

„Dann sehe ich, dass es so nicht weitergehen kann“, antwortet Herr Müller. „Ich gebe Ihnen mal einen Rat, Herr Dege: Seien Sie ehrlich zu sich selbst und hören Sie auf, sich selbst und Ihrer Familie etwas vorzumachen. Versuchen Sie, mit dem auszukommen, was Sie einnehmen. Wenn Sie das schaffen, dann können wir uns gerne noch einmal zusammensetzen und reden. Aber ich glaube, es ist besser, wenn wir das heutige Gespräch hier beenden.“

Betreten und mit gebeugtem Kopf verlässt Herr Dege das Gebäude. ... (Gelächter) ... Auf dem Weg zurück in sein Büro trifft der Bankberater im Flur seinen Chef. Der möchte wissen, was Herr Dege denn gewollt habe. Herr Müller erzählt seinem Chef von dem Gespräch und von seinen Bedenken.

„Müller, Sie haben richtig gehandelt!“, sagt der Chef. Das ist immer dasselbe mit diesen Leuten. Die kriegen einfach nicht genug! Sie wollen immer mehr, machen Schulden über Schulden und rechnen sich selbst ihre Lage schön. Aber bei sich selbst sparen sie nie!“

Kolleginnen und Kollegen, dies war eine fiktive Geschichte, wie sie sich irgendwo in Belgien zutragen könnte.

So unredlich wie Herrn Velz' und Herrn Paaschs Vergleiche mit einem Häuslebauer, das Schönrechnen der finanziellen Lage und das Ziehen falscher Schlüsse war meine Erzählung nicht. Keine Bank gewährt einem potenziellen Häuslebauer einen Kredit, wenn dieser über Jahre nicht mit dem auskommt, was ihm zur Verfügung steht, wenn er sich die eigene Lage schönrechnet und sich mehr und mehr verschuldet! Herr Paasch wird nachher kontern: „Was reden Sie da! Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist ein gern gesehener Kunde bei den Banken und wir haben Kreditlinien zu Topkonditionen. Eine Privatperson kann man nicht mit einem Gliedstaat vergleichen. Also lassen Sie diese Vergleiche oder ziehen Sie zumindest die richtigen Schlussfolgerungen! Hinter den Einnahmen des Gliedstaates steht der Föderalstaat und dahinter stehen wir Bürger. Hinter einer Privatperson – sofern sie kein Vermögen hat – stehen eventuell einige Bürger. Lassen Sie also diese Vergleiche!“

Meine Damen und Herren, zu Beginn seiner Vorstellung der ersten Haushaltsanpassung 2015 sprach Herr Paasch davon, dass er den Bürgern die ganze Wahrheit schulde. Zum Ende seiner Haushaltsvorstellung machte er jedoch eine Aussage, die mit der Wahrheit nichts zu tun hat: „Wir werden sehr bescheiden mit unserem Geld umgehen müssen.“ Als er diesen Satz aussprach, hätte ich gerne die Gesichter der Zuschauer gesehen! Bescheiden! Diese Regierung redet von Bescheidenheit! Das ist fast so, als würde ein Metzger seinem Kunden ein vegetarisches Schnitzel schmackhaft machen wollen.

Herr Paasch, Sie sollten nicht so tun, als seien Sie bescheiden. Das können Sie gar nicht sein, denn dafür waren Sie bei dem Falschen in der Lehre!

Meine Damen und Herren, anhand einiger aktueller Beispiele möchte ich die Bescheidenheit dieser Mehrheit und dieser Regierung widerlegen. Nehmen wir das Beispiel des Ex-Senators und ehemaligen Parlamentspräsidenten Louis Siquet, der leider heute nicht anwesend ist. Als Senator und als Parlamentspräsident bezog er ein stattliches Gehalt; zum Abschluss seiner Karriere erhält er noch dazu eine Abschiedsprämie. Wie hoch diese genau ausfällt, möchte er uns nicht verraten. Schlimmer noch: Zunächst bestritt er sogar, eine solche Prämie erhalten zu haben. Am nächsten Tag legte er sozusagen ein Schuldgeständnis ab, indem er sagte: „Ich fühle mich missverstanden.“

Niemand sollte jetzt behaupten, das habe nichts mit dem Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu tun, denn Herr Siquet wird zudem vom Parlament noch für seine Zeit als Parlamentspräsident eine Abschiedsprämie von 17.000 Euro erhalten. So ist es im Haushalt des Parlaments für das Jahr 2015 eingetragen.

Sicherlich zeugen auch die Aktionen des neuen Parlamentspräsidenten nicht von Bescheidenheit. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Anhebung des Gehalts seines

Mitarbeiters. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Referent des Präsidenten für ein solches Gehalt arbeiten kann“, war seine Begründung, obwohl sein Referent bereits ein Lehrergehalt bezieht.

(Unruhe im Saal)

Da Herr Lambertz als Parlamentspräsident keinen Anspruch auf einen Fahrer hat, borgt er sich, um nicht viel Aufsehen zu erregen, ab und zu den Fahrer eines Ministers. Herr Antoniadis hat kein Problem damit, seinem ehemaligen Chef zur Seite zu stehen. Vielleicht sollten sich alle eingestehen, dass dies purer Luxus ist. Sie sollten sich ein Beispiel an den Ländern nehmen, in denen die Minister wie alle anderen Bürger mit dem Bus oder der Bahn fahren.

Den Parlamentariern und Fraktionen wurde mehr Geld zugesprochen. Statt einfach die vorher gezahlte Summe zu kürzen und sie gerechter unter den Fraktionen aufzuteilen, gab es für alle mehr – auch für die Wahlverlierer SP und PFF. Man macht es halt so, wie es einem gefällt.

Zuspruch erhalten die Kritiker des Systems jedoch von den Bürgern, die zunehmend erkennen, was hier läuft. Einige lassen sich noch blenden, aber immer mehr Bürger wachen auf, und das ist gut so. Wir sollten die Bürger immer wieder daran erinnern, dass das, was vor einem Jahr nach den Wahlen hier gelaufen ist, Verfassungsbruch war.

(Zwischenruf von Frau Klinkenberg)

Meine Damen und Herren, was wären die Alternativen zu dieser festgefahrenen Politik der Mehrheit? Zunächst ist festzuhalten, dass auch der zuständige Finanzminister mittlerweile erkannt hat, dass das bestehende Geld- und Finanzsystem fehlerhaft ist. Endlich, kann man da nur sagen. Was haben wir uns nicht alles von seinem Vorgänger anhören müssen! Die Fehler des Systems zu erkennen ist jedoch nur eine Sache. Eine andere Sache ist es, den Hebel an der richtigen Stelle anzusetzen, damit immer mehr Menschen von diesem fehlerhaften Geld- und Finanzsystem erfahren und so der öffentliche Druck gegenüber diesem Ausbeutersystem der Finanzinstitute zunimmt.

Sie wissen, dass wir dazu zahlreiche Alternativen in der Schublade haben, zum Beispiel die Förderung von Seniorengenossenschaften oder die Schaffung von nationalen Komplementärwährungen. Im Herbst, anlässlich der nächsten Haushaltsdebatte, werden wir sicherlich noch darüber reden.

Ein weiteres Element wäre der konsequente Abbau der Bürokratiekosten. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Abschaffung sämtlicher Privilegien im öffentlichen Dienst. Leute, die ihre Arbeit korrekt machen, sollten auch korrekt bezahlt werden. Aber unzeitgemäße Privilegien wie die zusätzlich zu den gesetzlichen Feiertagen bezahlten regionalen Feiertage und die 30-Tage-Regelung, was die Krankheitstage betrifft, sind gegenüber der Privatwirtschaft einfach eine Ungerechtigkeit, die abgeändert werden müsste. ... *(Unruhe im Saal)* ... Auch darauf werden wir in Zukunft verstärkt eingehen.

Unser Resolutionsvorschlag in Bezug auf die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf öffentliche Bauten wurde im Ausschuss mit fadenscheinigen Argumenten von der Mehrheit abgelehnt. Wie so oft fehlte der politische Mut. Leider habe ich nicht genügend Redezeit, um näher darauf einzugehen ... *(Zwischenruf: „Zum Glück!“)* ... aber Sie werden diesbezüglich noch von uns hören.

Zum Schluss möchte ich noch eine Anmerkung machen: Des Öfteren müssen wir uns hier im Hause von der Mehrheit Beleidigungen und Diffamierungen anhören. Einmal hat Herr Paasch ... *(Zwischenruf)* ... sogar behauptet, wir seien eine Gefahr für die Demokratie in Europa.

HERR VELZ *(aus dem Saal)*: Das ist häufiger umgekehrt, Herr Balter!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Herr Paasch, Mitglieder der ProDG-Fraktion, Sie sollten aufhören, uns mit solchen oder ähnlichen Verleumdungen zu diskreditieren, denn das schaffen Sie doch nicht! Die Bürger erkennen mehr und mehr, was Sache ist, und wissen vor allem eins: Von Bedeutung ist nicht das, was die Regierungsmitglieder sagen, sondern das, was sie uns verschweigen. Schenken wir dem Gerede der Mehrheit also nicht zu viel Beachtung und konzentrieren wir uns lieber auf einen anderen Weg! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei VIVANT*)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Herr Servaty das Wort.

HERR SERVATY (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende erste Haushaltsanpassung des Jahres 2015 trägt folgenden Rahmenbedingungen Rechnung: den Zuständigkeitsübertragungen im Zuge der Sechsten Staatsreform; den Forderungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach einer Übernahme weiterer regionaler Zuständigkeiten; der unklaren Situation bezüglich der Refinanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vor allem im Bereich Gesundheit; der Verpflichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, bereits 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen; der zweiten Umsetzungsphase des REK sowie den noch immer nicht überwundenen Folgen der Schuldenkrise. Dennoch gelingt es uns, an unseren finanzpolitischen Zielen festzuhalten. Das erkennen Sie zum einen an dem vorgelegten Haushalt und zum anderen an der neuen Finanzsimulation, die die Regierung im Zuge unserer Beratungen zu diesem angepassten Haushalt hinterlegt hat.

Ich werde nun einige Beispiele aus Bereichen nennen, an denen Sie erkennen können, dass es uns neben dem Erreichen dieser Ziele außerdem gelingt, Akzente zu setzen und einem neuen Bedarf in diesen Handlungsfeldern nachzukommen. Ich möchte mit den Bereichen beginnen, die wir im Ausschuss I beraten haben. Da ist zunächst die Erhöhung der Dotation für die Einrichtungen öffentlichen Interesses um 1,25 %. In der heutigen Zeit ist diese Erhöhung kein Pappentier. Es darf notiert werden, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft der einzige Teilstaat ist, der diese Beiträge erhöht. Dass es sich dabei um eine positive Maßnahme mit Signalwirkung handelt, dürfte jedem klar sein. Die SP-Fraktion hat stets darauf hingewiesen, dass gerade die Einrichtungen öffentlichen Interesses einen zentralen Beitrag zur Umsetzung des REK leisten. In Anbetracht des zunehmenden Trends innerhalb der Europäischen Union, diese öffentlichen Dienstleistungen kaputtzusparen – und dies leider nicht nur in Griechenland –, ist sich die Deutschsprachige Gemeinschaft der Wichtigkeit einer soliden Finanzierung in diesem öffentlichen Dienstleistungsbereich bewusst. Ein hohes Maß an Autonomie erfordert personell und finanziell gut aufgestellte Einrichtungen öffentlichen Interesses, um unsere Zuständigkeiten überhaupt angemessen und auf hohem Qualitätsniveau ausüben zu können. Dies soll auch in Zukunft der Fall sein.

Auch die Ausstattung der Schulen wird durch die Bereitstellung von Informatikmaterial und durch die Erstellung einer Schülerdatenbank verbessert. Hier handelt es sich um eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen um 98.000 Euro. Kenntnisse im Umgang mit Computern und der Mikroelektronik sowie ein grundlegendes Verständnis von Medienkompetenz sind heute in Anbetracht einer vernetzten Welt wichtiger denn je.

Die SP-Fraktion begrüßt diese Maßnahme, die darauf abzielt, junge Menschen bestmöglich auf den Umgang mit Informationstechnik vorzubereiten. Außerdem sehen wir in der verstärkten Ausstattung der Schulen mit Informatikmaterial einen wichtigen Beitrag, um junge Menschen für ein mögliches Arbeitsleben im IT-Bereich zu begeistern.

Ich nenne auch die zusätzliche Aufwendung von 17.000 Euro für das REK-Zukunftsprojekt „Made in Ostbelgien“. Durch dieses Projekt wird sowohl eine Steigerung der Attraktivität des Standorts als auch eine Stimulierung der Wirtschaftsregion DG

erreicht. Die Qualität der hiesigen Produkte gilt es auch in Zukunft in den Vordergrund zu rücken. Die angedachte Erweiterung des Labels „Made in Ostbelgien“ auf weitere Produkte und Dienstleistungen ist in unseren Augen ein starkes Signal an kleinere und mittlere Unternehmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese Marketingstrategie, die darauf abzielt, einen positiven Einfluss auf den Absatz der hiesigen Unternehmen auszuüben, sollte in jedem Fall weiter ausgebaut werden.

Des Weiteren – wie könnte es anders sein – ist die Reserve für unvorhergesehene Investitionen in Höhe von 1,3 Millionen Euro zu erwähnen. Hier handelt es sich angesichts der unstillen Zeiten ebenfalls um eine vernünftige Maßnahme mit Weitsicht. Einmal mehr beweist die Mehrheit ihren verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Nicht zuletzt ist auch die Erhöhung des Einnahmen- und Ausgabenhaushalts der Dienststelle für Personen mit Behinderung um 581.000 Euro von Bedeutung. Diese Mittel dienen der Zentralisierung der beiden Eupener Standorte. Vorteil ist natürlich, dass die Betroffenen bzw. die Nutznießer aufgrund kürzerer Wege und einer einzigen Anlaufstelle in der Praxis besser zurechtkommen werden.

Allgemein verweise ich auch auf die nach wie vor vorsichtig eingeschätzten makroökonomischen Parameter, die diesem abgeänderten Haushalt nach wie vor zugrunde liegen. In Ermangelung gesetzlicher Grundlagen zur Übertragung von Mitteln seitens der Wallonischen Region konnten diese natürlich nicht eingebaut werden. Aber wie Sie ja wissen, rechnen wir schon in Kürze mit konkreten Fortschritten.

Ein dritter allgemeiner Hinweis ist nicht zuletzt die Einschätzung des Rechnungshofs, der auch in Zukunft die Möglichkeit sieht, auf kurzfristige Kredite zurückgreifen zu können, da sich die Zinsen auf dem Kapitalmarkt noch immer auf einem niedrigen Niveau befinden.

Ich komme nun zu den Zuständigkeitsbereichen von Ausschuss II. Hier ist als Erstes die Erhöhung der Mittel von 40.000 Euro auf 168.000 Euro zu nennen, die unter „Allgemeine laufende Ausgaben“ verbucht wird und auf die erhöhte Nachfrage im Förderprogramm „Kultur macht Schule“ zurückzuführen ist. Ich gehe ganz bewusst besonders darauf ein, denn die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt in der Tat über einen vielseitigen Kultursektor. Dies gilt sowohl für die professionellen Kulturträger als auch für den Amateurbereich.

Aufgrund der Kleinheit unserer Gemeinschaft, aufgrund der nicht mit den anderen Teilstaaten zu vergleichenden Geschichte, aufgrund der Eigenheiten unserer Gemeinschaft und gerade vor dem Hintergrund der steten Frage nach ihrer ureigenen Identität ist die dezentrale Förderung kultureller Aktivitäten in den Schulen von größter Bedeutung.

Kulturelle Tätigkeiten setzen einen Kontrapunkt zum gegenwärtigen globalen Trend hin zu einer Verwirtschafterung aller denkbaren Lebensbereiche. Diesen Trend gilt es aufzuhalten. Schüler zu ermuntern, ihre Kreativität auszuleben und ihre Vorstellungskraft hin zum kulturellen Schaffen zu orientieren, ist vor diesem Hintergrund eine wichtige Aufgabe im Bildungssektor. Gleichzeitig fördert das Interesse für Kultur und ein grundlegendes Verständnis derselben gerade bei jungen Menschen die Fähigkeit, das Geschehen um sie herum besser zu reflektieren.

Die Ausstattungssubventionen für privatrechtliche Kulturorganisationen und Museen werden ebenfalls um 17.000 Euro erhöht. Dies kommt insbesondere kleinen Kulturzentren zugute, die eine Erstausrüstung benötigen. Gerade kleine Kulturzentren müssen wir unterstützen, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Diversität im Kultursektor. Wir müssen dezentral und sogar möglichst flächendeckend fördern, denn gerade im Kulturbereich gilt: je mehr Einflüsse und sich unterscheidende Ansätze, desto besser.

Aus den Zuständigkeitsbereichen von Ausschuss III erwähne ich die Mittel der externen Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die von 80.000 Euro auf 120.000 Euro erhöht und für Integrationshelfer verwendet werden. Wir begrüßen eine intensive Begleitung junger Menschen mit Förderbedarf. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit bedeuten, dass niemand sich selbst überlassen bleibt. Dies ist der Anspruch der SP-Fraktion, die sich auch in Zukunft dafür einsetzen wird, dass jedem jungen Menschen eine gezielte Förderung zuteilwerden kann.

Erwähnen darf ich auch die Erhöhung der Dotation für die Gemeindeschule Bütgenbach und das Zentrum für Förderpädagogik zwecks Anschaffung von Mobiliar für den neuen gemeinsamen Standort. Die Mittel werden um 50.000 Euro auf nunmehr 230.000 Euro erhöht. Wie Sie aus der Presse erfahren konnten, schreiten die Bauarbeiten rasch voran und trotz einiger Verzögerungen ist der Schulbeginn am neuen Standort im September dieses Jahres gesichert. Diese zusätzlichen Mittel werden den Schülern das Lernen und den Lehrern das Lehren in ihrer neuen, gemeinsamen Schule erleichtern.

Abschließend komme ich zu den Zuständigkeitsbereichen von Ausschuss IV. Hier fällt die Erhöhung der Dotation für die Dienststelle für Personen mit Behinderung um 115.000 Euro auf nunmehr 9.969.000 Euro auf. Grund dafür waren die erhöhten Kosten im Bereich der Wohnressourcen, der Ausbau des Projekts „Holz und Natur“ sowie ein zusätzlicher Aufwand bei der VoG Hof Peters. Nach Ansicht der SP-Fraktion ist diese Erhöhung gut angelegtes Geld. Da uns die Inklusion und Betreuung von Personen mit einer Behinderung sehr am Herzen liegt, messen wir diesem Bereich eine große Bedeutung bei. Er ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die Deutschsprachige Gemeinschaft vor allem in Anbetracht der ihr gegebenen Zuständigkeiten mehr denn je stellen muss.

Auch die Subvention von 160.000 Euro im Rahmen des Impulseo-Programms fällt auf. Seit dem 1. Januar 2015 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft dafür zuständig. Worum handelt es sich? Es ist in der Tat wichtig, Anreize für Ärzte zu schaffen, damit sie sich in unserem ländlichen Gebiet niederlassen bzw. nicht aus ihm abwandern. Es kann lang und breit darüber diskutiert werden, dass ein akuter Ärztemangel für die Lebensregion DG schädlich ist. Dem wird wohl niemand widersprechen. Umso wichtiger ist es jedoch, dass wir mit konkreten Programmen dafür sorgen, bestens ausgebildete Mediziner dazu zu bewegen, in einer der Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu arbeiten. Für Ärzte gibt es sicherlich finanziell interessantere Jobs, als eine Hausarztpraxis in einem ländlichen Gebiet zu leiten. Gleichwohl können wir im Rahmen des Impulseo-Programms anderweitige Kompensationen einführen, die eine Entscheidung für den Standort DG erleichtern. Ziel unserer Politik muss es sein, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine flächendeckende Betreuung durch Hausärzte zu garantieren.

Die Subvention für die Beratungsstelle für häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe wird ebenfalls um jeweils 34.000 Euro angehoben. Dabei handelt es sich um eine präventive Maßnahme, weil der häusliche Begleitdienst Eudomos ab 2015 weniger Geld vom LIKIV erhalten wird.

Auch die Mittel für die außerschulische Betreuung und die Ferienbetreuung werden insgesamt auf 981.000 Euro erhöht, wovon – das ist bemerkenswert – lediglich 740.000 Euro im Rahmen der Mittel aus dem Fonds für Ausrüstung und Kollektivdienstleistungen FESC übertragen wurden. Das Personal des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung wird zudem um einen Managementassistenten erweitert. Erinnern möchte ich an dieser Stelle auch an den Umbau des Zentrums im Hinblick auf den Umzug seiner Verwaltung sowie an die Ausrüstung des RZKB mit einer zeitgemäßen Informatik, die es künftig den Nutznießern erleichtern soll, das geeignete Kinderbetreuungsangebot zu finden.

Erwähnenswert ist sicherlich die Subvention von 105.000 Euro für das Personal der Kinderkrippe St. Vith. Diese Maßnahme greift bekanntlich ab dem 1. September 2015. Weitere Mittel zur materiellen Ausstattung der Eifeler Kinderkrippe sind ebenfalls vorgesehen. Hier fallen dann der Infrastrukturbau sowie die materielle Ausstattung fristgerecht

zusammen. Kürzlich konnte ich mich im Rahmen einer Besichtigung des Gebäudes selbst davon überzeugen, wie sinnvoll diese Mittel angelegt sind. Seitdem behaupte ich mehr denn je, dass der nach präzisiertem Bedarf erfolgte Neubau dieser Einrichtung wirklich maßgeschneiderte Möglichkeiten der Betreuung und pädagogischen Begleitung von Kleinkindern zur Verfügung stellt.

Ja, Herr Vorredner und werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft, diese Kinderkrippe ist ein weiteres Gebäude, das wir tatsächlich zu bauen gewagt haben. Es ist keine Fiktion, sondern es ist Realität und ein weiterer Beweis dafür, dass die Infrastrukturen und Dienstleistungen, die wir bauen und ermöglichen, den Bürgern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugutekommen.

Sie sehen, werte Kolleginnen und Kollegen, der angepasste Haushalt 2015 zeugt von Verantwortung und Weitsicht. Er hält jedoch nicht nur an den wesentlichen finanzpolitischen Zielen fest, sondern verbessert gleichzeitig in einer Reihe von Arbeitsfeldern die praktischen Arbeitsmöglichkeiten vor Ort. Somit entstehen neue Perspektiven und schließlich eine zusätzliche Motivation für viele Beteiligte und Nutznießer, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren. Daher rührt auch die Motivation der SP-Fraktion, diesem ersten Anpassungshaushalt 2015 uneingeschränkt zuzustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, ProDG und der PFF)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Herr Mockel das Wort.

HERR MOCKEL *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Die diesjährige Haushaltsanpassung enthält einige interessante Eckdaten, zwar nicht unbedingt in der Anpassung an sich, doch der Bericht des Rechnungshofs und die später mitgelieferte Finanzsimulation zeigen wichtige Daten und Zahlen auf. Diese sind aufschlussreich, werfen aber gleichzeitig Fragen auf.

Die Regierung hat sich dazu verpflichten müssen, schon 2018 einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren. Zieht man die Haushaltszahlen zurate, schafft man es kaum, in den letzten Jahren das jährliche Defizit unter 40 Millionen Euro zu drücken. 2015 und 2016 sind es über 40 Millionen Euro, 2017 sollen es 36 Millionen Euro sein und 2018 wäre der Haushalt plötzlich ausgeglichen.

Wie ist das möglich? Nun, im Wesentlichen werden die Infrastrukturausgaben auf ein Drittel reduziert. Ohne die Auswirkungen der PPP-Projekte zu berücksichtigen, waren es bisher etwa 15 % des Haushalts. 2018 und in den Folgejahren werden es nur noch etwa 5 % sein. Erst 2025 wird man wieder eine Quote ... *(Zwischenruf von Herrn Velz)* ... Es wird aber vielleicht auch neue Bedürfnisse geben, Herr Velz! Das kennen wir! ... Also erst 2025 wird wieder eine Quote von 10 % erreicht, und das wird der Projektion zufolge bis 2039 so bleiben. Sind 5 % genug? Wohl kaum. Zu wenig? Wahrscheinlich. Waren vorher 15 % zu viel? Ja, für uns jedenfalls, denn wir hatten uns damals für ein Maximum von 12,5 % ausgesprochen.

So gesehen, ist die Situation nicht dauerhaft haltbar; das ist jedenfalls unsere Einschätzung. Das erste wirklich dringende Großprojekt oder steigende Zinssätze werden die jetzige Finanzpolitik unhaltbar machen. Falls die Finanzierung der neuen Zuständigkeiten unzureichend bleibt, sowieso. Die Verschuldung entspricht schon jetzt fast der Hälfte des Haushalts. Das ist für einen Gliedstaat, der fast keinen Einfluss auf die eigenen Einnahmen hat, ein beträchtlicher Betrag.

Eines zeigen die Zahlen ganz deutlich: Die Gesamtverschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die diese Regierung und dieses Haus zu verantworten haben, steigt stetig weiter an. Betrug die Verschuldung Ende 2013 noch 107,5 Millionen Euro, so waren es Ende 2014 schon 125 Millionen Euro. Tendenz steigend. 2018 werden wir bei knapp 250 Millionen Euro liegen, d. h., in dieser Legislaturperiode wird sich die Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft in etwa verdoppeln.

Herr Velz, bevor Sie hier davon sprechen, den Stier bei den Hörnern zu packen, sollten Sie erst mal die Kuh vom Eis holen!

(Gelächter und vereinzelter Applaus)

Momentan wird die Neuverschuldung über kurzfristige Anleihen finanziert. Die Zinsen sind hier günstiger als bei langfristigen Anleihen, aber ein Dauerzustand kann es nicht sein. Man kann sich zwar gegen einen sprunghaften Anstieg der Zinsen versichern, aber davon werden künftige Anleihen nicht billiger.

Zwei Haushaltsanpassungen möchte ich heute doch noch hervorheben. Sie betreffen das Kloster Heidberg. Wir haben viel darüber gestritten, ob angesichts der Finanzlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft dieses 10-Millionen-Euro-Projekt eine Priorität sein sollte. Diese Debatte gehört der Vergangenheit an und die Infrastruktur ist im Resultat als gelungen zu bezeichnen. Was ECOLO jedoch immer wichtig war, ist, dass sich der Betrieb dieser Infrastruktur selbst tragen muss, ohne jedoch dem privaten Hotel- und Gaststättengewerbe zu schaden. Diesem Gewerbe geht es bekanntlich in Eupen und ganz allgemein schlecht genug.

Heute müssen wir leider feststellen, dass sich unsere Befürchtungen bestätigt haben. Bei Aufnahme des Betriebs sah man sich nicht in der Lage, die Kosten vorab einzuschätzen. Heute nun sollen durch eine Haushaltsanpassung die Personalausgaben von 250.000 Euro auf 389.000 Euro und die allgemeinen laufenden Ausgaben um 70.000 Euro auf 250.000 Euro erhöht werden. Auf meine Frage nach einem Businessplan für dieses Projekt erhielt ich damals von der Ministerin die Antwort, man müsse wohl das Ende des Jahres abwarten, um zu wissen, wo man dann stehe. Weitsichtiges Handeln sieht in meinen Augen anders aus.

Wir reden also momentan von einem jährlichen Zuschuss von 640.000 Euro, wobei man bedenken muss, dass ein Teil des Umsatzes noch dazu von Veranstaltungen herrührt, die die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst im Kloster Heidberg organisiert.

Ich könnte mir nichts Schöneres wünschen, als dass sich eine ausgeglichene Lage einstellt, denn wir hoffen wirklich, dass sich dieses Projekt nicht von einem Fass mit unbekanntem Boden zu einem Fass ohne Boden entwickelt. Bis zum Jahresende sollte daher dem zuständigen Parlamentsausschuss für das Kloster Heidberg ein Geschäftsplan für die kommenden drei Jahre vorgelegt werden. Die Frage, mit welchen Ausgaben man wie viel Umsatz erzielen will, möchten wir gern klar beantwortet haben.

Da die vorliegende Haushaltsanpassung die Fortsetzung des von uns abgelehnten Ursprungshaushalts 2015 ist, wird die ECOLO-Fraktion auch sie ablehnen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ECOLO)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Kollege Freches das Wort.

HERR FRECHES *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Debatte steht zum Ende dieser Sitzungsperiode die erste Haushaltsanpassung 2015. Rückblickend auf die gemeinsame Sitzung mit dem Vertreter des Rechnungshofs können wir zu dieser allgemeinen Anpassung festhalten, dass sie vom Rechnungshof gemäß dem budgetären Wahrheitsprinzip geprüft und für ordnungsgemäß befunden worden ist. Die formulierten Bemerkungen entsprechen darüber hinaus der buchhalterischen Kontrolle. So bleibt beispielsweise die Möglichkeit, Anleihen aufzunehmen oder Liquiditätsscheine auszugeben, unverändert.

Weiterhin Bestand hat auch die Option, auf die Kreditlinie von maximal 350 Millionen Euro zurückzugreifen. Die Spielräume sind genau abgestimmt, u. a. weil die Regierung darauf hinarbeitet, bis 2018 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können. Ein Jahr früher als vorgesehen, wohlgemerkt.

Mit Blick auf das Erreichen dieses Ziels hat die Regierung gewisse Entscheidungen getroffen. Diese werden aber der von Ministerpräsident Paasch vorgelegten Finanzsimulation zufolge keinen direkten Einfluss auf das Leben der Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben. Ein weit gefasstes Spektrum können wir darin erkennen.

Werfen wir einen Blick auf die künftige Entwicklung einiger Dotationen. Nehmen wir zum Beispiel die Zuwendung für die Dienststelle für Personen mit Behinderung, die von 9,9 auf 10,4 Millionen Euro im Jahr 2018 anwächst, oder die Dotation für das IAWM, die im genannten Zeitraum von 3,6 auf beinahe 3,8 Millionen Euro ansteigen wird. Diese Beispiele belegen klar, dass hier nicht der Rotstift angesetzt wird. Im Gegenteil, für die Betreuung von Personen mit Behinderung wächst die Dotation um 400.000 Euro und für die Ausbildung unserer Lehrlinge steigt sie um fast 200.000 Euro.

In diesem Zusammenhang möchten wir klar hervorheben, dass die Zielsetzung, den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft ins Gleichgewicht zu bringen, voraussetzt, dass auch die Haushalte aller Körperschaften 2018 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen müssen. Darin erkennen wir eine der größten Herausforderungen in wirtschaftlicher und budgetärer Hinsicht in den kommenden Jahren, wohlwissend, dass das Jahr 2018 wahrscheinlich ein Jahr des Umdenkens sein wird und wir die kommenden drei Jahre sinnvoll nutzen sollten. Dort müssen wir den Hebel ansetzen, und zwar vor dem Hintergrund, dass es gilt, die europäischen SEC-2010-Buchhaltungsnormen umzusetzen.

Die Handlungsspielräume u. a. der Kommunen werden künftig bedeutend eingeschränkt, weil die Investitionen in dem Jahr beglichen werden müssen, in dem sie getätigt wurden; sie dürfen also nicht auf die darauffolgenden Jahre übertragen werden. Aufgrund dessen sind auch unsere Gemeinden verpflichtet, ihre Investitionspläne anzupassen und deren Umsetzung je nach Dringlichkeit zu bestimmen. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Bürgermeister der deutschsprachigen Gemeinden beunruhigt sind, wenn es um die zukünftige Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen wie u. a. Kinderkrippen, Schulen, Altenhäuser und Pflegeheime geht, kurz: um die Finanzierung der Organisation ihrer Dienste.

Hier müssen Regierung und Gemeinden gemeinsam neue Ideen und Finanzierungsmöglichkeiten ausarbeiten. Die Aufrechterhaltung der regionalen Wirtschaft wird dabei ein wichtiger Aspekt sein, den man nicht außer Acht lassen darf. So, wie wir jedoch unsere Bürgermeister einschätzen, werden sie gemeinsam mit der Regierung das Beste dafür in die Wege leiten.

Die genannten Infrastrukturmaßnahmen und öffentlichen Dienste müssen auch in Zukunft so bestehen bleiben, wie wir und alle Mitbürgerinnen und Mitbürger es gewohnt sind.

Wir hoffen jedoch, dass die angesprochenen SEC-Normen, an die wir uns in Belgien auf allen Ebenen halten müssen, in ganz Europa Anwendung finden, sodass nicht nur unsere Gemeinden, sondern auch Gemeinden wie Hellenthal, Prüm oder Sofia denselben Normen unterworfen sein werden.

An dieser Stelle möchte ich einen Appell an unseren EU-Abgeordneten richten und ihn auffordern, sich in Brüssel und Straßburg für die Erfüllung dieser Erwartung einzusetzen, denn wir brauchen Gerechtigkeit und vor allen Dingen klare Umsetzungsvorgaben für alle!

Bis 2018 haben wir noch ganze drei Jahre Zeit, um das vom föderalen Ministerrat verabschiedete Stabilitätsprogramm zu übernehmen, die budgetäre Sanierung des Gemeinschaftshaushalts zu vollziehen und uns auf das Ziel, ausgeglichene Haushalte für alle öffentlichen Einrichtungen zu erreichen, vorzubereiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele halten die vorgeschlagenen Haushaltsanpassungen eher für unspektakulär. Es verschieben sich hier und da die Summen. Beispielsweise

erhöhen sich von 2014 bis 2015 im Infrastrukturbereich die Mittel von 8 Millionen Euro auf 12 Millionen Euro. Hierbei handelt es sich um durchaus berechnete, sinnvolle Infrastrukturausgaben. Aber dürfen wir im Rahmen einer Haushaltsanpassung überhaupt den Begriff „unspektakulär“ in den Mund nehmen, wenn hinter den vielen Zahlen dieses Budgetplans Projekte mit langfristigem Charakter, unzählige Dienstleistungen für unsere Mitbürger oder gar viele Arbeitsplätze stehen?

Von der Opposition hört man immer wieder, dass die Steuergelder nicht sinnvoll ausgegeben und manche Leistungen vernachlässigt werden. Sie würde natürlich andere Prioritäten setzen; das liegt in der Natur der Sache bzw. im Auge des Betrachters. Aber so ist eben Politik, meine Damen und Herren, und gerade in der Politik müssen wir immer wieder neu abwägen und neue Akzente setzen. Diese werden oftmals sogar zusammen mit Ihnen, den Kollegen der Opposition, ausgearbeitet und konstruktiv umgesetzt.

Wenn heute, im Jahr 2015, zahlreiche „Serviceleistungen“ für unsere Nachbarn, Kollegen oder Freunde nicht mehr klar als solche erkennbar sind, dann haben wir eigentlich unser primäres Ziel erreicht: Sie gehören bereits ganz einfach zum Alltag!

Wir sollten den Menschen all das stets ins Gedächtnis rufen, denn diese Dienstleistungen gehören zu unserer Lebensqualität. Auch wenn wir weiterhin mit den Verantwortlichen der Wallonischen Region über Zuständigkeitsübertragungen verhandeln, sollte man dies als ein absolutes Muss für unsere Bürgerinnen und Bürger ansehen, um eben die gewohnte Lebensqualität und unseren Wirtschaftsstandort zu fördern und weiter auszubauen.

Wir leben in einer ländlichen Grenzregion, die es erlaubt, uns kulturell offen, warmherzig, tolerant und innovativ zu zeigen. Sogar von Modellregion kann die Rede sein, wenn das bedeutet, neue Ideen in der Praxis zu erproben.

Die Mehrsprachigkeit, der Fleiß und das Know-how der Ostbelgier müssen wir in die Waagschale legen, wenn es darum geht, für alle Menschen, ob geschult oder weniger geschult, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Programme wie Qualiflex sind als genauso wichtig zu betrachten wie die Ausbildungen an der AHS. Bei beiden Ausbildungsformen liegt der Fokus ganz auf der Vorbereitung der Jugendlichen auf die Arbeitswelt.

Die Übertragung der gesamten Beschäftigungsbefugnisse wird eines der wichtigen Instrumente sein. Diese Befugnisübertragung wird mit der Übertragung der entsprechenden finanziellen Mittel einhergehen, werte Kolleginnen und Kollegen. Dies freut die PFF sehr, denn unsere Abgeordneten auf föderaler und wallonischer Ebene, sprich Frau K. Jadin und Frau Baltus-Möres, haben dies immer im Auge behalten und genauso darauf hingewiesen, wie auch wir dies auf Gemeinschaftsebene jederzeit getan haben und tun werden. Denn ohne die entsprechend angepassten Finanzmittel ist nichts machbar. Und damit sind wir wieder beim Haushalt.

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend möchte ich noch kurz auf die Finanzsimulation zurückkommen: Wieder hat die Regierung in dieser Vorschau auf die Einnahmen und Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die kommenden Jahre Wirtschaftsparemeter zugrunde gelegt, die unter den Prognosen des Föderalen Planbüros liegen. Niemand kann zum jetzigen Zeitpunkt die Entwicklung der Lage auf internationaler Ebene vorhersehen – Stichwort Griechenland. Die Wirtschaft in den Nachbarländern und sogar im Inland scheint sich jedoch positiver zu gestalten als noch zum Ende des letzten Jahres. Ein genereller Optimismus, besonders in der Baubranche, schwappt von England zu uns herüber und erlaubt es, zuversichtlicher in die Zukunft zu blicken. Dennoch bleibt in diesem Zusammenhang zu betonen, dass auch die Verantwortlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wachsam bleiben müssen, um sich gegebenenfalls an die aktuelle Situation anpassen zu können.

Der Ministerpräsident hat es bereits angekündigt und in seiner Antwort auf meine aktuelle Frage nochmals bekräftigt, dass man mit mehreren Finanzinstituten in Kontakt steht, um weiterhin von den günstigen Zinsbedingungen profitieren zu können und somit Steuergelder einzusparen. Bei einer Veränderung der aktuellen Lage kann man also reagieren.

Für die Umsetzung des vielschichtigen REK II wurden Mittel eingeplant, die Handlungsspielräume eröffnen, damit dieses langfristige Projekt im Sinne aller Bürger umgesetzt werden kann.

Da vorhin im Zusammenhang mit der Finanzierung der Aufwertung der Parlamentsarbeit die PFF und die SP angesprochen worden sind, möchte ich dazu abschließend noch einige Worte sagen. Bei der Aufwertung der Parlamentsarbeit handelt es sich für diese Legislaturperiode insgesamt um Mittel in Höhe von etwa 900.000 Euro. Davon erhalten die beiden nicht anerkannten Fraktionen jeweils 300.000 Euro mehr. ... (*Zwischenruf: „300.000?“*) ... Ja, 60.000 Euro mal 5 sind 300.000 Euro ... (*Zwischenrufe*). ... Wenn ich diese Summe durch 4, die Anzahl Abgeordnete der nicht anerkannten Fraktionen, teile, komme ich auf eine Zahl von 150.000 Euro. Es bleiben dann noch 350.000 Euro ... (*Zwischenruf: „Das stimmt nicht!“*) ... und diese teile ich durch 21; dann bin ich bei 17.000 Euro pro Mitglied der anderen Fraktionen. Diese Präzisierung wollte ich noch anführen und Ihnen die Zahlen ins Gedächtnis rufen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei der PFF, ProDG und der SP*)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Wir kommen zu den Stellungnahmen der Regierung. Herr Minister Mollers hat das Wort.

HERR MOLLERS, Minister (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ganz kurz auf einige Elemente eingehen, die den Bildungsbereich betreffen und die es meiner Meinung nach verdienen, kurz aufgegriffen zu werden.

Der Bildungshaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat lange Zeit deutlich mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben ausgemacht. Infolge der Sechsten Staatsreform verschiebt sich natürlich das Verhältnis, da beispielsweise im Sozial- und Gesundheitsbereich eine riesige Verantwortung auf uns zukommt. Dennoch bleibt der Organisationsbereich 30 für Unterricht, Beschäftigung und Ausbildung mit Abstand der größte Ausgabenposten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Bereiche Bildung und Soziales sind die beiden unumstößlichen Schwerpunkte unserer Zuständigkeiten. Hier hat die Deutschsprachige Gemeinschaft eine große Verantwortung, die sie gerne und mit viel Kreativität wahrnimmt. Dieser Verantwortung ist sich natürlich auch die Regierung sehr bewusst, und es ist für sie eine Herausforderung, den steigenden Bedürfnissen im Rahmen einer strengen Haushaltsdisziplin zu begegnen und Lösungen zu entwickeln.

Nun ist die heute vorliegende Haushaltsanpassung, was den Bildungsbereich betrifft, relativ geringfügig. Das beweist zumindest, dass die Regierung sehr genau weiß, was sie tut, und dass sie langfristig und äußerst professionell plant. Aus diesem Grunde sind auch keine grundlegenden Anpassungen notwendig. Sieht man einmal vom Infrastrukturbereich ab, dann hat es lediglich einige kleinere Änderungen gegeben, die sich aus der Aktualität der Dinge heraus entwickelt haben.

Beim Programm „Kultur macht Schule“ verzeichnen wir eine sehr große Nachfrage, was wohl eher positiv zu bewerten ist.

Für neue Initiativen und Organisationen wie den neu gegründeten Elternbund Ostbelgien mussten wir einige Zuschüsse vorsehen. Dies ist wohl eher ein Beweis für die dynamische Entwicklung unserer Gemeinschaft, die wir sehr begrüßen.

Die Mittel für pädagogische Zwecke werden aufgestockt. Dies zeigt lediglich, dass die Regierung in der Lage ist, schnell und unkompliziert auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren.

Im Bereich der Infrastruktur hat die Deutschsprachige Gemeinschaft gerade im Schulbau bereits eine beachtliche Leistungsbilanz vorzuweisen, denn in den Schulbau sind alleine in der letzten Legislaturperiode zwei Drittel aller Infrastrukturausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft geflossen. Insgesamt 224 Millionen Euro wurden in den letzten Jahren investiert, um Schulen in allen Gemeinden, im Gemeinschaftsunterrichtswesen und im freien Schulwesen in einen guten Zustand zu versetzen. Es wurde vieles geleistet, damit Kinder und Jugendliche unter optimalen Bedingungen lernen und sich entwickeln können und damit Lehrer bestmögliche Arbeitsbedingungen vorfinden. Es bleibt aber auch noch einiges zu tun und die Schulbauten bleiben weiterhin eine große Priorität der Regierung.

Die Musikakademie braucht hier in Eupen ebenfalls vernünftige Arbeitsbedingungen. Dieses Projekt haben wir in Angriff genommen, indem wir die Renovierung des Hauses Peters im Eupener Ortsteil Bellmerin vorantreiben.

Im Primar- und Sekundarschulbereich besteht noch ein großer Bedarf in Kelmis und St. Vith, wie man relativ leicht am Registrierungskatalog ablesen kann. Hier arbeiten wir derzeit gemeinsam mit den verschiedenen Trägern daran, den genauen Bedarf zu erfassen, ihn zu strukturieren und verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung und der zeitlichen Staffelung zu prüfen, damit beispielsweise das César-Franck-Athenäum Kelmis seine versprochene Renovierung und Modernisierung erhält, damit beispielsweise die Maria-Goretti-Grundschule St. Vith aus ihren Containern befreit wird, damit die Schüler der B-Klassen der Bischöflichen Schule und des Technischen Instituts St. Vith unter akzeptablen Bedingungen unterrichtet werden können, damit der gemeinsame Technologie-Campus von ZAWM und TI St. Vith verwirklicht wird und damit im Gebäude der Städtischen Grundschule St. Vith der dringend benötigte Platz für diese Schule und für das ZFP frei wird.

Ich sage es noch einmal: Zu diesen Projekten stehen wir und wir werden sie umsetzen.

Langeweile dürfte also keine aufkommen, meine Damen und Herren. Zudem hat die Umsetzung des REK II begonnen. Die verschiedenen Zukunftsprojekte nehmen Fahrt auf und auch hier haben wir uns eine ganze Menge vorgenommen. Die Schwerpunkte sind Ihnen bekannt: Im September werden zum ersten Mal Förderpädagogen ihre Arbeit in den Grundschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufnehmen. Darüber hinaus gilt es jedoch, weitere Maßnahmen zu ergreifen, damit die Schüler individuell, d. h. ihren Bedürfnissen entsprechend, gefördert werden können. „Differenzierung“ heißt das Zauberwort. Dafür müssen wir den Lehrern Hilfsmittel, Techniken und Ideen an die Hand geben, die ihnen ermöglichen, Antworten auf die komplexer werdenden Bedürfnisse in ihren Klassen zu finden. Das betrifft sowohl das Grundschulwesen als auch den Sekundarschulbereich und die mittelständische Ausbildung.

Ein zweiter Schwerpunkt besteht darin, den Schulen ganz im Sinne einer positiven Subsidiarität mehr Gestaltungsspielraum zuzugestehen. Ich denke, dass man vor Ort die Probleme und Herausforderungen am besten kennt. Die Schulleiter und ihre Schulgemeinschaften müssen in die Lage versetzt werden, selbst die für sie richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit entwickeln zu können. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch dem Image des Lehrerberufs zuträglich sein kann. Dies setzt natürlich voraus, dass wir weitere Anstrengungen unternehmen, um die Rahmenbedingungen noch zu verbessern. Das ist unser Auftrag, über den wir uns auch künftig austauschen werden und über den wir in diesem Hause noch viel debattieren werden. Ich jedenfalls freue mich auf diese Arbeit.

Der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft steckt den finanziellen Rahmen ab, in dem wir uns bewegen. Ich empfehle Ihnen die Zustimmung zu dieser ersten Anpassung des Haushalts 2015 und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Herr Minister Antoniadis hat das Wort.

HERR ANTONIADIS, Minister *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses! Die Oberstädter Kirmes findet zwar auf dem Werthplatz statt, doch man hat den Eindruck, dass sich auch hier am Kehrweg ein Karussell dreht. Anders kann man nicht beschreiben, wie sich einige Redner der Opposition mit ihren Aussagen permanent im Kreis drehen. Um dieses Sich-im-Kreis-Drehen nicht weiter zu fördern, möchte ich nur ganz kurz auf einige Bemerkungen eingehen.

Kollege Grommes hat recht, wenn er sich Sorgen um die Gesundheitsvorsorge und um die Altenheime macht und diese beiden Aufgabenfelder als sensible Themen einstuft. Zu Unrecht macht er sich jedoch Sorgen um die Maßnahmen der Regierung, denn auch wenn wir für den Gesundheitsbereich nur begrenzt zuständig sind, sind alle Gesundheitsdienstleister im deutschen Sprachgebiet für uns dennoch von gemeinschaftspolitischem Interesse. Deshalb erhöhen wir – damit gehe ich auch ein wenig auf den Haushalt 2015 ein, denn zumindest bezüglich der Anpassungen wurde heute nicht so viel gesagt – den Haushalt im Bereich Gesundheit um 160.000 Euro, die wir für die Gesundheitsplanung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen haben. Diese finanziellen Mittel wollen wir einsetzen, um zu ermitteln bzw. zu definieren, wie das Gesundheitsangebot in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gestaltet sein soll, was wir hier bzw. in vertretbarer Nähe in deutscher Sprache brauchen und für welche Gesundheitsleistungen wir mit anderen Partnern inner- oder außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammenarbeiten müssen.

In der Planung, die im Rahmen des REK realisiert wird, soll aufgezeigt werden, wie wir die Notfall- und Grundversorgung sowie die Vor- und Nachsorge effizient und bürgernah gestalten möchten. Die Planung betrifft alle Gesundheitsdienstleister. Dazu gehören nicht nur die Ärzte und die Krankenhäuser, sondern auch die Alten- und Pflegewohnheime, die Dienste der häuslichen Hilfe sowie die Präventionsdienstleister.

Zu den Krankenhausstandorten haben wir ja schon zwei Studien durchgeführt, auf die ich heute nicht im Detail eingehen werde, da in der nächsten Plenarsitzung sogar eine Interpellation zu diesem Thema auf der Tagesordnung steht. Ich möchte jedoch daran erinnern, dass es um die Schaffung gemeinsamer Dienste mit einer übergeordneten Verwaltungsstruktur innerhalb der beiden Krankenhäuser geht sowie um die Ermittlung eines oder mehrerer Krankenhäuser außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die all die Dienstleistungen anbieten, die hier vor Ort nicht angeboten werden können.

Wie Sie sehen, Herr Grommes, sind wir in diesem Bereich aktiv, obwohl wir nicht oder nur begrenzt dafür zuständig sind.

Wie ich schon sagte, macht sich Herr Grommes Sorgen um die Alten- und Pflegewohnheime. Dabei sind, zumindest was die Bauprojekte betrifft, mehrere Projekte in der Pipeline: das Seniorenheim Hof Bütgenbach, das Marienheim Raeren, das Alten- und Pflegeheim St. Josef in Eupen und der Neubau des Altenheims Residenz Leonie in Kelmis, für das ich vor einigen Tagen die Baugenehmigung unterzeichnet habe.

Ich wüsste jetzt nicht, warum Sie sich so große Sorgen um diese Projekte machen sollten, Herr Grommes, denn sie werden mit der Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwirklicht. Worüber wir uns natürlich Gedanken machen müssen, ist die künftige Finanzierung der Altenheime, denn dafür sind wir bereits zuständig. Hier gilt es, gemeinsam mit den Trägern der Altenheime ein zukunftsfähiges Konzept auszuarbeiten,

das mehrere Aspekte berücksichtigt und Verbesserungen bringt. Es geht vor allem um die Vereinfachung der Verwaltung, die Förderung von Synergien zwischen den Altenheimen, um die Einsparung von Kosten, die wir dann in die Pflege einfließen lassen können, sowie um die Förderung einer gemischten Sozialstruktur in den Altenheimen. All diese Aspekte stellen große Herausforderungen dar. Zu diesem Konzept sind bereits einige Empfehlungen ausgesprochen worden und wir erwarten dazu zudem die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Staatsreform“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, ProDG und der PFF)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Frau Ministerin Weykmans hat das Wort.

FRAU WEYKMANS, Ministerin *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über die erste Haushaltsanpassung ähnelt natürlich ganz stark derjenigen, die wir über den Ursprungshaushalt geführt haben. In der Tat haben sich die Rahmenbedingungen seit Dezember 2014 nicht wesentlich verändert.

Der gesamtbelgische Haushaltspfad ist bereits für die kommenden Jahre vorgelegt und genehmigt worden. Seine Umsetzung setzt voraus, dass auch wir uns nach dieser Haushaltspolitik richten, weil wir 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen müssen. Auf die Grundvoraussetzungen, die wir im Hinblick auf dieses Ziel zu erfüllen haben, sind bereits viele meiner Vorredner eingegangen. Zu diesen Bedingungen gehören die heute häufig angesprochene Haushaltsdisziplin und das Vorziehen von Investitionen. Auf diese beiden Elemente möchte ich im Folgenden etwas detaillierter eingehen.

Die strenge Haushaltsdisziplin ist auch die Grundlage dieser Haushaltsanpassung. Dies beweist, dass sich der Haushalt nur unwesentlich verändert hat. Es hat lediglich haushaltstechnische Verschiebungen gegeben. Die einzigen Veränderungen im Vergleich zum Ursprungshaushalt, die die Regierung dem Parlament vorschlägt, sind leichte Erhöhungen bei vorrangigen Projekten, die beispielsweise an das REK gekoppelt sind.

Nach meinem Empfinden wurde heute zu wenig hervorgehoben, dass durch die Haushaltsanpassung keine Kürzungen vorgenommen werden. Nur ein einziger Redner ist darauf eingegangen. Beobachter von Haushaltsdebatten auf nationaler oder europäischer Ebene stellen fest, dass dort vor allem von Mittelkürzungen die Rede ist. Das ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht der Fall. Insofern darf ich betonen, dass unsere Haushaltsdisziplin bewirkt, dass wir die Stabilität der von der Gemeinschaft finanzierten Dienstleistungen erhalten. Die erste Haushaltsanpassung 2015 zeigt, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft für Einrichtungen und Organisationen ein starker Partner ist.

Dass dem wirklich so ist, möchte ich am Beispiel des Programms 13 für Kultur verdeutlichen. Die Umsetzung des Kulturdekrets läuft quasi auf Hochtouren. Wir haben die dreißigprozentige Refinanzierung des Programms 13 umgesetzt. Wir haben eine Fünfjahreskonvention mit den professionellen Kulturträgern und mit der Vereinigung Föderkam abgeschlossen und somit deren Finanzierung langfristig abgesichert. Wir haben zusätzliche 28.000 Euro für Kulturprojekte vorgesehen. Diese Mittelerhöhung war abzusehen, denn als Folge des neuen Kulturdekrets und der neuen Fördermöglichkeiten für Kulturprojekte hatten wir uns eine wachsende Zahl von Anträgen erhofft. Diese Hoffnung ist erfüllt worden.

Wie Kollege Mollers bereits gesagt hat, setzen wir auch die Unterstützung des erfolgreichen Programms „Kultur macht Schule“ fort, denn die Kulturvermittlung ist ein Schwerpunkt unserer Förderung. Wir haben eine Nettoerhöhung von 40.000 Euro vorgesehen, um den Schulen dieses Kulturförderprogramm zu ermöglichen. Im Vordergrund steht aber nicht, dass wir mehr Geld vorsehen, sondern dass wir neue Möglichkeiten schaffen. So arbeiten wir ganz konkret daran, bestehende Kulturabkommen zu erweitern oder

neue zu schließen, beispielsweise mit dem Großherzogtum Luxemburg, mit dem Saarland und mit Flandern. Mit unseren Partnern in der Euregio Maas-Rhein und der Großregion Saar-Lor-Lux arbeiten wir intensiv daran, europäische Fördermittel zu akquirieren. Das Interreg-Programm ist, wie Sie wissen, für uns ein wichtiger Fonds, besonders wenn es um die Umsetzung der REK-Projekte in den Bereichen Kultur und Kreativwirtschaft geht, zu denen schon sehr konkrete Projektplanungen vorliegen.

Anhand dieser Beispiele sehen Sie, dass Haushaltsdisziplin oder Haushaltsstabilität nicht bedeuten, dass wir handlungsunfähig sind. Dass wir noch über genügend Spielräume verfügen, zeigen die Haushaltssimulation und diese erste Haushaltsanpassung.

Herr Servaty hat einen wichtigen Aspekt angesprochen: Die Haushaltsanpassung sieht eine positive Entwicklung der Dotationen der Einrichtungen öffentlichen Interesses vor, und zwar eine jährliche Erhöhung in Höhe von 1,25 %. Auch das gibt es nirgendwo sonst in Belgien. Anderswo spricht man eher von -10 % statt von +1,25 %.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel für unsere Handlungsfähigkeit nennen: Die 365.000 Euro, die im Beschäftigungsbereich für die Umsetzung des Nationalen Begleitplans statt an die Deutschsprachige Gemeinschaft an die Wallonischen Region gegangen sind, haben wir aus eigenen Mitteln trotzdem unserem Arbeitsamt zur Verfügung gestellt, weil wir sicherstellen wollten, dass die Begleitung der hiesigen Arbeitsuchenden nicht zu kurz kommt, sondern auch in Zukunft gewährleistet werden kann.

Ein zweiter wesentlicher Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Vorziehen von Investitionen. Auch hier kann ich einige Beispiele aus meinen Zuständigkeitsbereichen anführen. Konkrete Änderungen gibt es vor allem in verschiedenen Programmen des Organisationsbereichs 70, weil wir die Zinssubventionen aufgehoben haben. Wir sind stattdessen in die direkte Bezuschussung gegangen. Betroffen sind beispielsweise die Alternativfinanzierung für das Kultur-, Konferenz- und Messezentrum Triangel, das Projekt der AS Eupen oder der Umbau der Jugendherberge in Eupen.

Wie Herr Freches bereits erwähnte, gibt es kleinere Erhöhungen bei verschiedenen Infrastrukturprojekten. Sie sind erforderlich geworden, weil diese Projekte entweder von 2014 auf 2015 verschoben worden sind, oder weil Mehrkosten entstanden sind, beispielsweise beim Jugendheim Raeren oder beim Tennisclub Kelmis. Auch da zeigt sich erneut, dass die Handlungsfähigkeit gegeben ist.

Gleiches gilt für die DGG *Gemeinschaftszentren*. Wir haben dort mehr Geld für die Infrastrukturarbeiten an den Bungalows in Worriken und im KUZ in Burg Reuland vorgesehen, Arbeiten, die wir auch in den Infrastrukturplan eingetragen haben.

Heute ist auch das Kloster Heidberg erneut thematisiert worden. Ich möchte betonen, Herr Mockel, dass es hier nicht darum ging, dem Kloster Heidberg einen Zuschuss auszu zahlen. Wir haben vielmehr eine Anpassung am Haushalt des DGG *Gemeinschaftszentren* vorgenommen, um die Mittel an den realen Bedarf bei den Personal- und Funktionskosten anzupassen. Das bedeutet aber eben nicht, dass wir dem Kloster Heidberg oder dem Dienst mit getrennter Geschäftsführung einen Zuschuss zahlen. Das Kloster Heidberg ist ein Betrieb, der sich selbst tragen muss. Deswegen hat die Regierung bereits 2008 beschlossen, dass das Kloster Teil des DGG *Gemeinschaftszentren* sein würde. Uns war natürlich von Anfang an klar, dass das Kloster Heidberg nicht schon in seinem ersten Betriebsjahr eine „schwarze Null“ oder gar Gewinne schreiben würde. Das haben wir auch nie behauptet. Ich habe immer gesagt, dass wir der Einrichtung mindestens drei Jahre Zeit geben müssen, bevor sie mit ihren Geschäftsaktivitäten den sogenannten *Break-even-Point* erreichen kann. Das habe ich hier schon mehrfach gesagt. Das kann man in den Sitzungsprotokollen nachlesen. Für uns ist zunächst einmal wichtig, dass der DGG mit ausgeglichenen Haushalten abschließt. Wie Sie der Haushaltssimulation entnehmen können, haben wir das nicht für das Jahr 2015 vorgesehen, weil wir davon

ausgehen, dass wir in diesem Jahr noch ein Defizit haben werden. Für die folgenden Jahre sehen wir dann ausgeglichene Haushalte vor, weil wir davon ausgehen, dass Gewinne erzielt werden.

Wer hier so tut, als ob er das nicht wüsste oder als ob wir das in den Ausschüssen oder im Plenum niemals besprochen hätten, ist unredlich. Der DGG *Gemeinschaftszentren* wird alljährlich im Vorfeld der Haushaltsberatungen im Ausschuss II angehört. Dort hat die Geschäftsführung des Klosters Heidberg ausführlich über ihren Betrieb informiert und alle Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Wenn es gewünscht wird, werde ich der Geschäftsführung vorschlagen, dass wir uns im Rahmen der nächsten Haushaltsberatung im Herbst schwerpunktmäßig mit dem Kloster Heidberg beschäftigen.

Ich hoffe, dass ich deutlich machen konnte, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft trotz schwieriger Parameter in ihrer Haushaltspolitik handlungsfähig bleibt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PFF, ProDG und der SP)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Vielen Dank, Frau Weykmans! Herr Ministerpräsident Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Genauso unspektakulär wie die eigentliche Haushaltsanpassung habe ich auch die diesbezügliche Debatte heute empfunden. Es bleibt also dabei: Trotz einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftsparameter, insbesondere der Inflationsrate, verbessert sich das Gesamtergebnis des Doppelhaushalts 2014-2015 um 700.000 Euro.

Kollege Grommes, dass das Haushaltsergebnis 2015 voraussichtlich schlechter ausfällt, als ursprünglich geschätzt, hat im Wesentlichen damit zu tun, dass der Haushalt 2014 viel besser ausfallen wird, als ursprünglich geplant, weil Ausgaben von 2014 auf 2015 verschoben wurden. Das hat der Rechnungshof in seinem Bericht ausdrücklich festgehalten. Wir erreichen also das im Stabilitätsprogramm für die Deutschsprachige Gemeinschaft vorgegebene Haushaltsziel und werden es voraussichtlich – das ist meine Prognose – sogar übertreffen. Dafür gibt es genau drei Gründe: Erstens, die Haushaltsdisziplin, auf die Kollege Velz und Kollegin Weykmans nochmals hingewiesen haben. Wir gehen sehr sorgsam – man könnte auch sagen, Kollege Balter –, sehr bescheiden mit den uns anvertrauten Mitteln um. Allein im Jahr 2014 haben wir bei den laufenden Ausgaben 4,1 Millionen Euro nicht ausgegeben, die wir eigentlich hätten ausgeben können. Zweitens – Kollege Freches hat das hervorgehoben –, die vorsichtige Einschätzung unserer Einnahmen. Wir gehen von weitaus niedrigeren Wachstums- und Inflationsparametern aus als das Föderale Planbüro, der Föderalstaat und alle anderen Gliedstaaten in Belgien. Drittens, wir haben in einem außerordentlich großen Ausmaß Investitionen vorgezogen, alternative Finanzierungen aufgelöst und in klassische Zuschüsse umgewandelt. Das, Kollege Mockel, erklärt die hohen Defizite in den Jahren 2015, 2016 und 2017, und die Tatsache, dass wir 2018, 2019 und in den folgenden Jahren die Möglichkeit haben, erneut zum Haushaltsgleichgewicht zurückzukehren. Wir belasten über Gebühr die jetzigen Haushalte, um kommende Haushalte entlasten zu können.

Darüber hinaus – mehrere Redner haben darauf hingewiesen, insbesondere Kollege Servaty – ist es uns gelungen, trotz dieser doch angespannten Haushaltssituation einige neue Schwerpunkte festzulegen und auf einige neue Bedürfnisse angemessen zu reagieren. So haben wir zusätzliche Mittel, beispielsweise für die Inklusion von Menschen mit Behinderung, für die mittelständische Ausbildung, für die Förderung von Kultur, insbesondere in den Schulen, sowie für eine bessere Ausrüstung unserer Schulen mit modernen Medien und angemessenem Informatikmaterial zur Verfügung gestellt. Wir haben mehr Mittel für den kostenlosen Zugang zum Unterrichtswesen sowie für die Musikakademie zur Verfügung gestellt und in der Tat haben wir – Kollegin Weykmans hat es bereits erwähnt – für alle parageinschaftlichen Einrichtungen die Dotationen um 1,25 % erhöht, obwohl wir uns zurzeit in einer Nullinflationssituation befinden.

Kollege Velz hat vollkommen recht, während wirklich alle anderen Gliedstaaten in Belgien zum Teil sehr empfindliche Sparmaßnahmen, insbesondere im Unterrichtswesen, in der Arbeitsmarktpolitik, im Sozialbereich oder bei den paragemeinschaftlichen Einrichtungen beschlossen haben, hat, wie ich betonen möchte, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in dieser Legislaturperiode noch niemand unter irgendeiner Sparmaßnahme dieser Regierung leiden müssen. Zwar haben wir uns eine strikte Haushaltsdisziplin verordnet und gehen sehr sorgsam und verantwortungsbewusst mit unseren Einnahmen um, dennoch haben wir in dieser Legislaturperiode noch keine einzige echte Sparmaßnahme beschlossen, außer, Kollege Balter, für unsere eigenen Funktionskosten, und das obwohl die Ausgangssituation für diese Haushaltsplanungen alles andere als günstig ist.

Zur Erinnerung: Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über einen Einnahmenhaushalt in Höhe von ziemlich genau 265 Millionen Euro; von allen laufenden Ausgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft fließen 39 % in die Bildung und den Unterricht, 33 % in den Bereich Gesundheit und Soziales, 20 Millionen Euro an die Gemeinden, 12,4 Millionen Euro an die Kultureinrichtungen und 10 Millionen Euro in die Beschäftigungspolitik. Für den eigentlichen politischen Apparat, Kollege Balter, investieren wir insgesamt 3,2 % unseres Haushalts, 5,2 Millionen Euro für das Parlament und 3,3 Millionen Euro für die Regierung. Das bedeutet, dass sage und schreibe drei Viertel des gesamten Einnahmenhaushalts, des gesamten laufenden Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft in wesentliche Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Soziales fließen.

Mit dem Einnahmenhaushalt in Höhe von 265 Millionen Euro bestreiten wir bekanntlich zum allergrößten Teil die Gehaltskosten. Mit diesem Haushalt beteiligt sich die Deutschsprachige Gemeinschaft an der Finanzierung von fast 4.000 Gehältern. Alleine im Unterrichtswesen finanzieren wir zu 100 % das Gehalt von mehr als 2.000 Lehrern im Gemeinschaftsunterrichtswesen, im freien Schulwesen und im Gemeindeschulwesen. Wir beteiligen uns an den Gehaltskosten im beschäftigungspolitischen Bereich. Wir übernehmen die Kosten für 800 Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen im Proporz zu unserem Zuschussanteil. Wir übernehmen Gehaltskosten im kulturellen und sozialen Bereich, insbesondere natürlich bei den Einrichtungen, mit denen wir Geschäftsführungsverträge abgeschlossen haben.

Niemand wird redlich bestreiten können, dass alle diese Ausgaben den Menschen in unserer Gemeinschaft dienen. Dadurch werden wichtige, existenzielle Dienstleistungen für unsere Bevölkerung erbracht und davon hängt das Einkommen von 4.000 Menschen und deren Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab.

Darüber hinaus, werte Kolleginnen und Kollegen, steigen die gehaltsgebundenen Ausgaben jedes Jahr ganz automatisch ohne politisches Zutun infolge der Indexanpassung oder auch aufgrund der natürlichen Dienstalterentwicklung. Diese Ausgaben zu komprimieren, ist alles andere als einfach. Das haben wir erlebt, als wir im Parlament eine zweiprozentige Kürzung der Gehaltstabellen für den gesamten öffentlichen Dienst beschlossen haben, die lediglich zum Ziel hatte, die Steigerungsraten dieser Gehaltskosten etwas einzudämmen.

Nun verlangt aber der Föderalstaat von uns wie von den anderen Gliedstaaten einen zusätzlichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen; in unserem Fall beläuft sich dieser auf 4,1 Millionen Euro. Darauf hatten wir uns bereits in der letzten Legislaturperiode eingestellt. Darüber hinaus verlangt der Föderalstaat von uns einen zusätzlichen Beitrag zur Finanzierung der Beamtenpensionen. Dabei geht es letzten Endes um mehr als 1 Million Euro. Auch darauf hatten wir uns bereits in der letzten Legislaturperiode vorbereitet, denn die Zahlen standen bereits in der Haushaltssimulation. Im Rahmen der Sechsten Staatsreform sind wir zudem über den sogenannten Länderfinanzausgleich oder Übergangsmechanismus Nettozahler in einer Größenordnung von jährlich 11,5 Millionen Euro. Hinzu kommt seit diesem Jahr eine schwerwiegende

Unterfinanzierung in einigen neuen Zuständigkeitsbereichen, die uns mit der Sechsten Staatsreform übertragen wurden. Grob zusammengefasst überweist man uns sehr viel weniger Geld, als in diesen neuen Zuständigkeiten gebraucht wird. Ich möchte dafür erneut zwei Beispiele nennen.

Erstes Beispiel: Wir erhalten Geld für die Finanzierung von 741 Alten- und Pflegeheimplätzen, obwohl zum Stichtag bereits 880 Plätze in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und für die Deutschsprachige Gemeinschaft zugesagt worden waren. Das ergibt eine Finanzierungslücke von immerhin 15 %.

(Zwischenruf von Frau Franzen)

Zweites Beispiel: Man überweist uns jährlich 3,4 Millionen Euro für den Krankenhausbau, u. a. um anstehende Investitionen in den Krankenhäusern von St. Vith und Eupen finanzieren zu können. Von diesen 3,4 Millionen Euro zieht man uns jährlich aber sofort fast 6 Millionen Euro ab. Für zukünftige Investitionen in Eupen und St. Vith fehlen uns demnach genau 2,5 Millionen Euro.

Mit diesen beiden Beispielen wollte ich die allseits bekannte Unterfinanzierung nochmals in Erinnerung rufen. Insgesamt überweist uns der Föderalstaat circa 7 Millionen Euro pro Jahr weniger, als in diesen Zuständigkeiten gebraucht wird, und das alles bei einem Jahreshaushalt von 265 Millionen Euro, der zum größten Teil aus kaum komprimierbaren Personalkosten besteht und von dem drei Viertel in die wesentlichen Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales fließen.

Kollege Grommes, mit all diesen Gegebenheiten umzugehen und dennoch einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, ist natürlich alles andere als einfach. Das ist in meinen Augen – Sie wissen das und Sie werden mir da auch zustimmen – eine große Herausforderung. Ich hoffe, dass jeder das einsieht, erst recht inmitten einer seit ungefähr sieben Jahren andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise und der damit einhergehenden schlechten Einnahmenprognosen für unsere Gemeinschaft. Allein die Finanzkrise zu bewältigen bzw. mit deren Auswirkungen umzugehen, ist nicht nur für die Deutschsprachige Gemeinschaft eine große Herausforderung, sondern für alle Staaten und Regionen der Europäischen Union, wie man derzeit überall beobachten kann.

Dennoch bleiben wir bei unserem Ziel, unseren Haushalt in dieser Legislaturperiode dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen. Bereits in zweieinhalb Jahren wollen wir hier in diesem Hause einen ausgeglichenen Haushalt hinterlegen und verabschieden lassen. Der Haushalt 2018 und die Haushalte aller Folgejahre werden somit die ersten seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise sein, die wieder im Gleichgewicht sind. Wir werden in dieser Legislaturperiode dafür sorgen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft dauerhaft mit ihrem Einkommen auskommen kann. Wie das gelingen soll und gelingen kann, haben wir ja in unserer aktualisierten Haushaltssimulation aufgezeigt. In dieser Simulation berufen wir uns auf sehr vorsichtig geschätzte Wirtschaftsparameter und sehen darüber hinaus, Kollege Mockel, Instrumente für einen eventuellen Anstieg sowohl der kurz- als auch der langfristigen Zinsen vor. Mittlerweile haben wir 54 Millionen Euro zu einem Zinssatz von 0,62 % auf fünf Jahre festgelegt. Sie werden wohl zugeben, dass es sich hier um einen günstigen Zinssatz handelt. Wir haben im Haushaltsdekret die Möglichkeit geschaffen, Zinsversicherungen abzuschließen und jederzeit die kurzfristigen Anleihen in langfristige umzuwandeln. Diese Vorsicht bzw. diese Weitsicht wurde ja vom Rechnungshof in der gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse ausdrücklich anerkannt, wie Sie im Bericht des Rechnungshofs nachlesen können.

Des Weiteren haben wir in dieser Haushaltssimulation – das wurde eben gar nicht erwähnt – für das zweite Umsetzungsprogramm unseres Regionalen Entwicklungskonzepts 1,5 Millionen Euro an zusätzlichen laufenden Ausgaben und, Kollege Mockel, immerhin 92 Millionen Euro für Infrastrukturinvestitionen vorgesehen. Die ECOLO-Fraktion war in der Vergangenheit häufig der Meinung, dass wir zu viel in die Infrastruktur investieren.

Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie jetzt Ihrer Sorge Ausdruck verliehen, Kollege Mockel, dass das, was wir in dieser Haushaltssimulation eingeplant haben, langfristig zu wenig sein könnte. Sie dürfen allerdings nicht schlussfolgern, dass durch die Tatsache, dass aus 15 % im Verhältnis zum Haushalt 5 % wurden, die Investitionsmittel gedrittelt worden wären. Dass wir nun von 15 % auf 5 % zurückgegangen sind, hat im Wesentlichen damit zu tun, dass der Gesamthaushalt nach der Sechsten Staatsreform größer geworden ist. Er ist insgesamt ... (*Zwischenruf von Frau Franzen*) ... um 30 % gestiegen und außerdem darf ich daran erinnern, dass in den letzten ... (*Zwischenruf von Herrn Mockel*) ... 15 Jahren auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehr als 400 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert wurden und dass dadurch der damals entstandene Investitionsstau größtenteils abgebaut wurde, sodass wir es uns nun erlauben können, etwas weniger in die Infrastruktur zu investieren als in der Vergangenheit.

Die Haushaltssimulation enthält zwei Vorbehalte, die sogar schriftlich in allen Parlamentsdokumenten veröffentlicht worden sind. Erstens gehen wir davon aus, dass wir zwei Raten für das PPP-Projekt, und zwar die Raten der Jahre 2018 und 2019, auf die Jahre 2016 und 2017 vorziehen werden. Zweitens gehen wir in dieser Haushaltssimulation unter Vorbehalt davon aus, dass zumindest die Unterfinanzierung im Bereich der Seniorenpflege und im Krankenhausbau ausgeglichen wird.

Nun fragte Kollege Grommes zu Recht, was denn passiert, wenn diese Unterfinanzierung nicht ausgeglichen wird. Die Antwort ist denkbar einfach: Dann müssen wir noch mehr sparen, und zwar in einer Größenordnung von etwa 5,5 Millionen Euro. So geht es ja auch aus den Kommentaren zur Haushaltssimulation hervor. Ich bin aber zuversichtlich, dass für das Problem der Unterfinanzierung eine Lösung gefunden werden wird. Auf föderaler Ebene ist der politische Wille dazu vorhanden. Wie lange es noch dauern wird, bis diese Unterfinanzierung ausgeglichen ist, und in welchem Umfang dies geschehen wird, darauf habe ich zum jetzigen Zeitpunkt trotz zahlreicher Gespräche, u. a. heute Morgen, keine konkrete Antwort. Sie können jedoch davon ausgehen, dass ich mir wünsche, dass das möglichst schnell geschehen wird.

Kollege Balter hat zu Recht auf meine Einführungsrede hingewiesen, die ich vor einigen Wochen in der Plenarsitzung vom 20. April 2015 zu dieser Haushaltsanpassung gehalten habe. Er hat zitiert, dass ich der Meinung bin, dass die Bevölkerung einen Anspruch auf eine transparente Haushaltsdarstellung, ja auf „die Wahrheit, und zwar die ganze Wahrheit“ in den haushaltspolitischen Fragen hat. Kollege Balter, das war im April keine neue Erkenntnis meinerseits, sondern das sage ich bereits seit vielen Jahren. Ja, die Bevölkerung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat einen Anspruch auf Transparenz in der Haushaltsplanung, und ich nehme für diese Regierung und übrigens auch für die Vorgängerregierungen in Anspruch, dass wir die Finanzlage immer ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... korrekt dargestellt haben. Ob Ihnen das gefällt oder nicht, das ist so! ... (*Gelächter von Frau Franzen*) ... Ich kenne keinen Gliedstaat in Belgien, der mit seiner Haushaltsplanung und mit seiner Schuldensituation so transparent umgeht wie die Deutschsprachige Gemeinschaft. Eine so ausführliche Rechtfertigungserklärung, eine so seriös vorbereitete Infrastruktur- und langfristige Finanzplanung in Form einer Simulation werden Sie kaum irgendwo sonst in unserem Land finden. Hier wird nichts versteckt und hier ist auch nie etwas versteckt worden.

Was übermalte Verkehrsschilder mit dem Haushalt zu tun haben könnten, Kollege Balter, kann ich weder auf den ersten noch auf den zweiten Blick ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... nachvollziehen. Wie jeder weiß, haben wir diese Schilder nicht bezahlt, also belasten sie unseren Haushalt auch nicht. Sie haben natürlich vollkommen recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass diese Schilder nicht übermalt werden dürfen. Das ist nicht in Ordnung, das ist sogar gesetzeswidrig und die Täter werden, wenn sie gefasst werden, sicherlich bestraft.

Und dass wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein großes Interesse daran haben, die Mehrsprachigkeit zu fördern, brauchen Sie mir als ehemaligem Unterrichtsminister

nun wirklich nicht zu erklären. Dafür habe ich mich immer eingesetzt und dafür sind bereits sehr viele Maßnahmen ergriffen bzw. ermöglicht worden, insbesondere die von Ihnen erwähnten Jugendcamps.

Kollege Balter, Sie kritisieren, dass hier der Vergleich mit dem Häuslebauer gezogen wird.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ja, genau!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Ich bin erstaunt, dass Sie diesen Vergleich kritisieren, denn der stammt von Ihnen selbst, Kollege Balter.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ich hatte aber andere Schlussfolgerungen gezogen!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Kollege Balter, soweit ich mich erinnern kann, haben Sie ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... und ich gehöre diesem Hause schon seit fast 20 Jahren an – als Allererster in einer öffentlichen Haushaltsdebatte den Vergleich mit dem privaten Häuslebauer gebracht. ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... Ganz zu Beginn sprachen Sie von der schwäbischen Hausfrau. Sie werden sich sicherlich noch daran erinnern. Danach war es sogar Ihre eigene Oma, die Sie ins Feld geführt haben. Diese Vergleiche mit Privatleuten haben Sie selbst gemacht. Also dürfen Sie sich nicht wundern, dass andere das auch tun.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Es ging dabei nur um den guten Rat der Oma!
(*Vereinzelt Gelächter*)

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Dass das Resultat dieses Vergleichs Ihnen nicht passt, ist nicht unsere Schuld. Kollege Velz hat völlig zu Recht ... (*Gelächter von Frau Franzen*) ... darauf hingewiesen, dass wir für die Rückzahlung aller unserer Schulden, aller Kapital- und Zinstilgungen im Jahr 2015 3,8 % unseres Haushalts ausgeben. Das ist vergleichbar mit der schwäbischen Hausfrau oder auch mit Ihrer Oma, wenn sie monatlich 2.000 Euro netto verdienen würde und monatlich nur 76 Euro für ihren Hypothekenkredit zurückbezahlen müsste. 76 Euro im Vergleich zu einem Einkommen von 2.000 Euro, das sind 3,8 %. Sie würden Ihrer Oma ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Und was ist mit dem Kassenkredit?

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... sicherlich nicht unterstellen, dass sie sich damit überschuldet hätte.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Aber was ist denn mit dem Kassenkredit?

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Also unterstellen Sie das auch ...

FRAU KLINKENBERG (*aus dem Saal*): Hat Ihre Oma keine Kreditkarte, Herr Balter?

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht!

Kollege Balter, heute haben Sie einen ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Meine Oma hat sicherlich keine Kreditkarten!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... interessanten fiktiven Dialog ... (*Zwischenruf*) ... vorgetragen, wie er zwischen einem Mitarbeiter einer belgischen Bank und einem Privatmann stattfinden könnte. Auch das war ein Vergleich zwischen der Situation eines Privatmanns namens „DG“ und der Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Der Name war „Dege“, D-e-g-e!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Wie dem auch sei, „DG“ war doch herauszuhören.

(*Gelächter*)

Kollege Balter, der Bankvertreter stellt in Ihrer Fiktion dem Privatmann Dege kritische Fragen, hält ihn für unglaubwürdig und will ihm am Ende sogar seinen Kredit verweigern. Das Gespräch ist auch deshalb eine interessante Fiktion, weil es ja durchaus sogar regelmäßige Gespräche zwischen der öffentlichen Institution Deutschsprachige Gemeinschaft ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... und belgischen Banken gibt. Nur verlaufen diese Gespräche in der Realität ganz anders, als in Ihrer Fiktion! Die Banken bewerben sich bei der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um ihr Kreditlinien anzubieten oder ihre Kreditlinien zu erhöhen.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Weil der Staat dahintersteht!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Das haben wir noch vor Kurzem feststellen dürfen, als wir unsere Kreditlinien öffentlich ausgeschrieben haben. Zählen Sie nach, wie viele Banken sich beworben haben, um der Deutschsprachigen Gemeinschaft Kreditlinien anzubieten ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... und zwar in einem sehr beachtlichen Umfang von 400 Millionen Euro, die wir zurzeit gar nicht brauchen. In der Realität und nicht in Ihrer persönlichen Fiktion interessieren sich die Banken für die Deutschsprachige Gemeinschaft und sind bereit, ihr Kreditlinien in einem Umfang zur Verfügung zu stellen, wie sie sie in der Realität gar nicht braucht. Und warum ist das so? Unter anderem – erkundigen Sie sich diesbezüglich – aufgrund unserer Kreditwürdigkeit und unserer Bilanzstruktur, weil wir weder in der Vergangenheit noch heute Schulden für laufende Ausgaben gemacht haben, weil unsere Schulden ausschließlich der Investition in langfristige Projekte im Schulwesen, im Krankenhauswesen und im Altenheimbereich gedient haben, Projekten also, die den Menschen dienen und die darüber hinaus zu einem beachtlichen Anteil mit Eigenmitteln, also ohne Kreditfinanzierung, finanziert wurden. Das hat zu einer sehr günstigen Bilanzstruktur geführt, und deshalb erfüllen wir alle Kriterien, die die Banken, übrigens auch die privatrechtlichen, für eine Kreditaufnahme einfordern. Sie werden doch wohl mitbekommen haben, dass die Banken den öffentlichen Institutionen kein Geld mehr hinterherwerfen. Im Gegenteil, vor einer Kreditvergabe wird alles genauestens geprüft. Für die öffentlichen Institutionen gelten dieselben Kriterien wie für alle anderen Kreditgeber auch.

Kollege Balter, Sie haben in Ihrer Stellungnahme Vorschläge gemacht. Das ist übrigens das erste Mal, soweit ich mich ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Doch schon ewig! Ehrlich!

(*Gelächter*)

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... erinnern kann, dass Sie eine Anregung mit der Bezeichnung „Vorschlag“ in die Debatte eingebracht haben ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Und was ist mit unserem Resolutionsvorschlag?

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... um darzulegen, wie Sie sparen würden, was Sie im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft anders gestalten würden, um zu einem anderen Haushaltsergebnis zu kommen. Ich stelle allerdings fest, dass nichts von dem, was Sie vorgeschlagen haben, im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft umsetzbar wäre. Sie können mich gleich in Ihrer Erwiderung gerne korrigieren!

Das Geldsystem wollen Sie ändern, Kollege Balter. Ja, das will ich auch!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Aber davon habe ich doch gar nicht gesprochen!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Aber selbstverständlich haben Sie davon gesprochen! ... Eine Änderung des Geldsystems werden wir hier jedoch nicht beschließen können ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ich habe davon gesprochen, dass eine Diskussion ange-regt werden soll!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... weil wir dazu verfassungsrechtlich nicht befugt sind. Ihr Vorschlag, das Geldsystem zu ändern, wird sich somit niemals auf den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft auswirken. Insofern kann man einen solchen Vorschlag nicht als realistisch betrachten.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Sie verdrehen die Dinge!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Zweitens haben Sie – das klingt sehr nach Sonntagsrede – den Abbau von Bürokratie gefordert. Kollege Balter, wir bauen je-den Tag Bürokratie ab, überall da ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Nein, Sie bauen Bürokratie auf!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... wo das möglich ist.

Ferner haben Sie konkret vorgeschlagen, Feiertage abzuschaffen. Schauen Sie doch ein-mal nach, wer in Belgien überhaupt Feiertage abschaffen kann! Reden Sie mal mit den Gewerkschaften darüber, welche Möglichkeiten es gibt, Feiertage abzuschaffen!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Eine Gemeinde der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das im letzten Jahr gemacht!

HERR LAMBERTZ, Präsident: Herr Balter, wir sind hier nicht auf einem Jahrmarkt, son-dern im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ich fordere Sie deshalb auf, erst dann das Wort zu ergreifen, wenn es Ihnen erteilt worden ist! Herr Ministerpräsident, bitte fahren Sie fort!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Sie wollen also Feiertage abschaffen, Herr Balter. Das wird nicht leicht sein. Sie können es ja dennoch versuchen und hier ent-sprechende Vorschläge unterbreiten.

Dann haben Sie gesagt, Kollege Balter, dass Sie das System der Krankheitstage verän-dern wollen. Sie werden sich daran erinnern, dass wir das für das Unterrichtswesen – damals waren wir dazu nur im Unterrichtswesen befugt – bereits getan haben. Übrigens: Nicht zuletzt unter meiner Federführung haben wir dafür gesorgt, dass die Krankheitsta-ge jetzt nicht mehr so angespart werden können wie in dem damals noch gültigen Um-fang und wie das anderswo in Belgien immer noch möglich ist. Wenn es darum geht, Gelder einzusparen, sind wir gerade im öffentlichen Dienst sehr konsequent, falls die Maßnahmen zu verantworten und sozialverträglich sind.

Des Weiteren möchten Sie für bestimmte Einrichtungen in Belgien den Mehrwertsteuer-satz senken, Kollege Balter. Wir werden sicher noch die Möglichkeit haben, uns darüber zu unterhalten. Sie würden damit sicherlich riskieren, das gesamte Finanzierungssystem, wie es vor Kurzem im Rahmen der Sechsten Staatsreform zwischen den Gliedstaaten und dem Föderalstaat festgehalten wurde, in Gefahr zu bringen. Ich rate Ihnen davon ab, auch nur zu versuchen, dieses Fass zu öffnen. Eines ist dabei doch interessant: Sie bege-ben sich da in einen offenkundigen Widerspruch. Sie haben zu Beginn Ihrer Stellung-nahme gesagt, dass wir aufhören sollten, mehr Geld vom Föderalstaat zu verlangen. Wir sollten aufhören zu „jammern“, das war Ihre Wortwahl, und dann schlagen Sie zum Ende Ihrer Stellungnahme vor, dass der Föderalstaat auf Millionen Euro Mehrwertsteuer

verzichten soll, dass wir ihm ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... diese Mehrwertsteuer also abnehmen sollten. ... Das ist genau dasselbe. ... Das führt dazu, dass der Föderalstaat über sehr viel weniger Einnahmen zu unseren Gunsten verfügt. Dieser Widerspruch ist unauflöslich. Sie können uns nicht auf der einen Seite vorwerfen, Geld vom Föderalstaat zu verlangen – übrigens legitimerweise, weil es da um den Ausgleich einer Unterfinanzierung geht –, und auf der anderen Seite vorschlagen, den Föderalstaat zu schröpfen ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Wieso schröpfen?

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... Ja sicher, schröpfen! ... damit Ihre Resolution dazu führt, hier Mehrwertsteuerbeträge einzusparen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns auch in Zukunft keine großen Sprünge erlauben können. Die Haushaltslage bleibt angespannt. Das steht fest. Aber über die soeben beschriebenen Wege ist meiner Meinung nach das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts für 2018 und für die folgenden Jahre zumindest in realistische Nähe gerückt. Das ist uns seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr gelungen. Wir werden alles dafür tun, dieses Ziel zu erreichen, und glauben, auf einem guten Weg zu sein. Übrigens haben wir dazu heute keinen einzigen Alternativvorschlag gehört. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei ProDG, der SP und der PFF*)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Die Fraktionen haben jetzt die Gelegenheit, auf die Aussagen der Regierung zu reagieren. Wer möchte die Gelegenheit zur Erwiderung nutzen? Von der CSP niemand, von ProDG niemand, von VIVANT Herr Balter. Dann haben Sie das Wort, Herr Balter. Ich gebe Ihnen fünf Minuten.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Was die Schulden betrifft, schwirren meines Erachtens einige Zahlen durch den Raum, die nicht ganz stimmen. Ich hatte diesbezüglich eine schriftliche Frage an den Ministerpräsidenten gestellt. In dieser Frage Nr. 29 vom 13. Januar 2015 hatte ich den Ministerpräsidenten darum gebeten, die Zahlen zur Verschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu veröffentlichen, und zwar die Summe der Kassenkredite, die Summe aller genutzten Liquiditätsscheine, die Summe aller Kredite und die Höhe der PPP-Verträge. Die Antwort kam einen Monat später und ist nachzulesen auf den Seiten 51 und 52 im *Bulletin der Interpellationen und Fragen* Nr. 4 vom 25. März 2015. Daraus geht hervor, dass man am 31. Dezember 2014 langfristige Verbindlichkeiten von mehr als 38 Millionen Euro hatte. Es gab eine indirekte Schuld, eine alternative Finanzierung von 17,8 Millionen Euro und einen Kassenkredit in Höhe von 86,7 Millionen Euro, der beansprucht wurde. Jede gute Hausfrau wird es tunlichst vermeiden, ihren Kassenkredit zu beanspruchen, auch wenn die Banken ...

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Bei den Zinsen bin ich mir nicht so sicher!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... ihren Kunden das gerne anbieten.

Ferner gab es Liquiditätsscheine für 70 Millionen Euro, die ebenfalls beansprucht wurden. Hinzu kam dann noch der Betrag für die langfristige Finanzierung des PPP-Projekts, inklusive des Anteils der Stadt Eupen von 171 Millionen Euro. Wenn man alle diese Zahlen addiert, kommt man auf eingegangene Verpflichtungen in Höhe von 383 Millionen Euro zum 31. Dezember 2014. Wenn der Gesamthaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft 265 Millionen Euro beträgt, dann wäre das eine Verschuldung gegenüber dem Gesamthaushalt von 144 %. Ich weiß, Sie werden jetzt sagen, dass gemäß der Norm des Hohen Finanzrates nur die langfristigen Verbindlichkeiten inklusive indirekte Schuld zu den Schulden gezählt werden und dass der Kassenkredit, die Liquiditätsscheine und verschiedene PPP-Projekte nicht dazugerechnet werden. Trotzdem sind das Verbindlichkeiten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft eingegangen ist und die abbezahlt werden müssen.

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Die sind in den 3,8% enthalten, Herr Balter!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Aber es sind 383 Millionen Euro!

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Ja!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Ich würde mich nicht glücklich schätzen, einen Kassenkredit, egal wie günstig dieser ist, von über 80 Millionen Euro und Liquiditätsscheine von über 70 Millionen Euro zu haben. Im Vergleich zum Gesamthaushalt machen allein diese beiden Posten über 150 Millionen Euro aus. Das ist eine enorm hohe Verschuldung! Eben haben wir gehört und so ist es im Haushaltsdokument nachzulesen – das wurde ja nicht widerlegt –, dass die Schulden in den nächsten vier Jahren um 100 Millionen Euro steigen werden. Man darf auch nicht vergessen, dass die Regierung angekündigt hat, 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu wollen. Diese Zahlen machen mir und meines Erachtens auch vielen Bürgern Sorgen.

Ich komme zu einem anderen Punkt. Herr Freches hat eben wieder die Fraktionshilfen angesprochen. ... (*Zwischenruf: „Ja!“*) ... Auch Herr Velz hat dies schon einige Male angeführt. Wissen Sie, aus welchem Grund er das gemacht hat? Ich sage es Ihnen: Im Jahr 2009 waren uns sämtliche Mittel gestrichen worden.

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Das ist doch nicht wahr!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Monatlich hatten wir lediglich 413,16 Euro zur Verfügung ...

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Klassisch!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... plus eine Sekretariatskraft.

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Alter Schwede!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Das können Sie in den Berichten von damals genau nachlesen.

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Ruhig!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Vor einigen Monaten hat man die Höhe der finanziellen Mittel geändert. Wir haben von Anfang an gesagt, dass man die Gesamtsumme ... (*Zwischenruf von Herrn Velz*) ... reduzieren soll. Das können Sie alles nachlesen! Sie haben mir genau zugehört, als ich damals im Präsidium gesagt habe, dass man den Gesamtbetrag der Mittel kürzen und diesen neu und gerechter aufteilen sollte. Jetzt sagt die Mehrheit, man habe die Fraktionshilfen doch auch für VIVANT geändert, sodass sie jetzt viel mehr erhalte. Wir sollten nun schön ruhig sein. Nein, wir sind nicht schön ruhig! Wir haben von Anfang gesagt, dass der Betrag zu hoch und die Aufteilung unredlich gewesen ist. Basta!

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Dann geben Sie das Geld zurück!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Auch zu den konkreten Beträgen für jede Fraktion möchte ich etwas anmerken. ECOLO und VIVANT erhalten jährlich je 119.500 Euro. Ich habe immer gesagt, dass wir das Geld nicht wollen. Es ist so!
(*Zwischenruf von Frau Klinkenberg*)

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Gebt es doch zurück!
(*Zwischenrufe von Frau Klinkenberg*)

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Die ProDG-Fraktion bekommt 236.000 Euro. Die Wahlverlierer SP und PFF bekommen für ihre Fraktionssekretariate je 214.625 Euro und die CSP-Fraktion erhält 247.000 Euro. Wie Sie auf über 300.000 Euro für die ECOLO-Fraktion kamen ...

HERR FRECHES (*aus dem Saal*): Sie können es ja ausrechnen!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... weiß ich nicht. ... (*Zwischenruf von Herrn Freches*) ... 119.500 Euro und 119.000 Euro sind mehr oder weniger 240.000 Euro.

HERR FRECHES (*aus dem Saal*): Rechnen Sie nach!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Lassen Sie diese unredlichen Vergleiche, denn sie bringen nichts! Wir werden versuchen, die Mittel, die wir erhalten, im Sinne der Bevölkerung redlich einzusetzen, damit hier mehr Klarheit herrscht ... (*Zwischenrufe: „Ha!“*) ... was diese Dinge betrifft.

Dann möchte ich noch etwas zu dem Vergleich mit dem Häuslebauer sagen. Ja, es stimmt, ich habe diesen Vergleich zu Beginn der letzten Legislaturperiode gebraucht ... (*Zwischenruf von Frau Franzen*) ... Damals ... (*Zwischenruf von Herrn Velz*) ... zu Beginn der letzten Legislaturperiode, habe ich immer darauf hingewiesen, dass die hier vorgelegten Prognosen absolut utopisch sind. Im Jahr 2009 haben Sie mit Zahlen jongliert, die keinem anderen in den Kopf gekommen sind! Vor 20, 30 Jahren ging man von einem permanenten Wirtschaftswachstum von über 2 % aus. Selbst 2010, als wir mitten in der Krise steckten, hat der damals zuständige Finanzminister diese Prognose noch für korrekt gehalten und hat gesagt, dass man damit rechne. Jetzt plötzlich geht man von anderen Zahlen aus. Endlich ist man in diesem Bereich ein wenig vernünftig geworden ...

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Weil die Zahlen korrekt waren!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... und endlich hat man auf die Opposition gehört ... (*Gelächter*) ... und versucht, auf der Grundlage anderer Zahlen zu kalkulieren. Jetzt so zu tun, als ob das eine Erfindung der Mehrheitsfraktionen sei und Sie jetzt über anderes Zahlenmaterial verfügten, mit dem Sie vorsichtiger kalkuliert hätten, ist unredlich!

HERR LAMBERTZ, Präsident: Herr Balter, Sie haben Ihre Redezeit bereits um eine Minute überschritten. Kommen Sie bitte zum Schluss!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Wie hat der damalige Unterrichtsminister und jetzige Finanzminister gesagt: „Die Krise hat uns 180 Millionen Euro gekostet.“ Das ist Unsinn! Sie sind damals nur von falschen Prognosen und Erwartungen ausgegangen!

Im Zusammenhang mit unserem Vorschlag zur Senkung der Mehrwertsteuer werde ich Ihnen die Beträge noch einmal ausrechnen. Übrigens: Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat 7 Millionen Euro an Zinsen allein auf die Mehrwertsteuer des PPP-Projekts zu zahlen. Davon hat der Föderalstaat nichts. Es geht nicht darum, den Föderalstaat zu schröpfen ... (*Zwischenruf von Herrn Ministerpräsident Paasch*) ... sondern es geht um alternative Systeme.

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Natürlich!
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Möchten weitere Parlamentsmitglieder die Gelegenheit nutzen, um auf die Antworten der Regierung zu reagieren? Ich sehe, dass sich Herr Velz noch zu Wort melden möchte. Herr Velz, Sie haben das Wort.

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Ich möchte nicht auf die Antwort der Regierung reagieren.

HERR LAMBERTZ, Präsident: Die Regel besagt, dass man nach der Intervention ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Die ProDG-Fraktion soll auch keine Intervention bringen!

HERR LAMBERTZ, Präsident: ... der Regierung nochmals das Wort ergreifen kann. Sie haben mich ums Wort gebeten und ich habe Ihnen dieses erteilt. Also dürfen Sie jetzt während fünf Minuten reden, Herr Velz.

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Vielen Dank, Herr Präsident! Eigentlich wollte ich das Wort nicht mehr ergreifen, denn Herr Ministerpräsident Paasch hat bereits auf all die Dinge geantwortet, auf die auch ich eingehen wollte.
(*Gelächter von Frau Franzen*)

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Zufall!

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Auf eine Sache möchte ich jedoch noch kurz eingehen: In der Präsidiumssitzung hatte die Verwaltung für diese Haushaltsdebatte eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vorgeschlagen. Das wäre eigentlich genug gewesen, denn – das hat man heute gesehen – die Stellungnahmen waren relativ kurz und lagen sehr deutlich unter zehn Minuten. Als dann Herr Balter auf eine Redezeit von 20 Minuten bestand, bin ich hellhörig geworden und habe mir gedacht, dass er sicherlich etwas fundamental Neues bringen würde. Ich habe meine Erwartung also sehr hoch geschraubt. In ihrer Großzügigkeit hat die Mehrheit diese 20 Minuten dann auch gerne gewährt, wie sie es jedes Mal gemacht hat. ... (*Gelächter von Herrn Balter*) Ja, das ist großzügig, Herr Balter, und das können Sie durchaus als Oppositionsbonus ganz groß an die Wand schreiben. ... (*Zwischenruf*) ... Das gibt es in keinem anderen Parlament der Welt!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Diesen Oppositionsbonus gibt es in fast allen anderen Parlamenten!

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): In anderen Parlamenten werden die Redezeiten nach der Stärke der Fraktion zugeteilt. Dementsprechend hätte heute Abend der CSP-Fraktion zu dieser ersten Haushaltsanpassung mindestens eine Stunde Redezeit zugestanden.
(*Vereinzelt Gelächter*)

Angesichts meiner hohen Erwartungen war ich dann sehr enttäuscht, als ich Ihre Stellungnahme gehört habe, Herr Balter. Auf das, was Sie gesagt haben, wollte ich eigentlich eingehen, aber das hat dann schon der Ministerpräsident getan, und zwar sehr viel besser, als ich es könnte.

Deshalb gehe ich nur auf eine Aussage ein, die Sie heute wie schon so oft gemacht haben. Sie sagten: „Bedeutsam ist das, was verschwiegen wird.“

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Genau!

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Dieses Zitat habe ich einmal auf Ihren eigenen Redebeitrag angewendet, Herr Balter. Aus dieser Sicht ist unser ganzer Haushalt bedeutsam und gut, denn die Opposition hat generell relativ wenig zum Haushalt gesagt. Sie, Herr Balter, haben zum Haushalt selbst gar nichts gesagt.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Nein?

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Daraus schlussfolgere ich ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Die Erhöhung der Mittel für das Personal um 1,7 Million Euro, war das nichts?

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): ... dass unser Haushalt doch sehr gut und sehr tragfähig ist. Ich wiederhole, was ich eben an dieser Stelle gesagt habe: Wir werden diesem Haushalt mit voller Überzeugung zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (*Applaus bei ProDG, der SP und der PFF*)

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Toll!

HERR LAMBERTZ, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen von Fraktionen, die sich noch nicht zu Wort gemeldet haben? Herr Freches, Sie haben das Wort.

HERR FRECHES (*vom Rednerpult*): Ich möchte noch kurz auf die Zahlen eingehen, die uns Herr Balter soeben zu den Fraktionshilfen genannt hat. Wenn er von 119.000 Euro für zwei Abgeordnete und von 240.000 Euro für vier Abgeordnete redet, dann ist er immer noch besser bedient als wir. ... (*Zwischenruf: „Ja!“*) ... Und wenn ich dann die sieben Kollegen von der CSP nehme, dann müssten diese im Proporz eigentlich 119.000 Euro geteilt durch zwei, das sind ungefähr 60.000 Euro, mal sieben ...

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Sie verdrehen doch alle Zahlen!

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Doch! Das ist so!

HERR FRECHES (*vom Rednerpult*): ... das sind 420.000 Euro, erhalten. Das nur zu Ihrer Information.

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Das ist Dreisatzrechnen. (*Applaus bei der PFF, ProDG und der SP*)

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Sie haben doch diese Vorschläge gemacht!

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Nein, das war die CSP!

FRAU KLINKENBERG (*aus dem Saal*): Das war ein Vorschlag von der CSP. Erinnern Sie sich, Herr Balter!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Der letzte Vorschlag kam von der CSP!

FRAU KLINKENBERG (*aus dem Saal*): Erinnern Sie sich!

HERR LAMBERTZ, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen von Fraktionen, die sich noch nicht zu Wort gemeldet haben? Das ist nicht der Fall. Gibt es noch Wortmeldungen seitens der Regierung? Das ist auch nicht der Fall. Dann ist die Debatte beendet. Die Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Dokuments 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 3 ist eröffnet.

Ich schreite zur Abstimmung über Artikel 1. Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so.

Artikel 1 ist mit 11 Jastimmen gegen 4 Neinstimmen angenommen.

HERR LAMBERTZ, Präsident: Kann ich das gleiche Abstimmungsverhalten für die Artikel 2 bis 7 ... (*Gelächter und Unruhe im Saal*) ... sowie für die Anhänge I, II.1, II.2 sowie für die Anlagen 1 und 2, die die Zuschüsse ohne dekretale Grundlage betreffen, voraussetzen?

FRAU KLINKENBERG (*aus dem Saal*): Nein! (*Allgemeines Gelächter*)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Das kann ich nicht? ... (*Vereinzelter Gelächter*) ... Dann stimmen wir über jeden einzelnen Artikel ab.

Möchte jemand zu Artikel 2 das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Dann schreite ich zur Abstimmung über diesen Artikel.

Artikel 2 ist mit 11 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Artikel 3 ist mit 11 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Artikel 4 ist mit 11 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Artikel 5 ist mit 11 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Artikel 6 ist mit 11 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Artikel 7 ist mit 11 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Kolleginnen und Kollegen, sind Sie damit einverstanden, dass wir über die Anhänge I, II.1, II.2 sowie die Anlagen 1 und 2 gebündelt abstimmen oder wünschen sie eine getrennte Abstimmung?

(*Gelächter und Unruhe im Saal*)

HERR WIRTZ, Sekretär: Ruhe bitte!

HERR LAMBERTZ, Präsident: Ich stelle Einverständnis für eine gebündelte Abstimmung fest. Somit kommen wir zu der Abstimmung über die Anhänge I, II.1, II.2 sowie über die Anlagen 1 und 2.

Die Anhänge I, II.1, II.2 sowie die Anlagen 1 und 2 sind mit 11 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 5-1-HH2015.

Es stimmen mit Ja Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, die Herren K.-H. LAMBERTZ, A. MIESEN, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, A. VELZ, F. WIRTZ, F. CREMER und G. FRECHES.

Es stimmen mit Nein die Herren A. MERTES, F. MOCKEL, R. NELLES, M. BALTER, M. BRAEM, D. FRANZEN, Frau F. FRANZEN und Herr H. GROMMES.

Das Dekret ist mit 10 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

(*Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 5-1-HH2015 (2014-2015) Nr. 1*)

DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM ASSOZIIERUNGSABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND GEORGIEN ANDERERSEITS, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 27. JUNI 2014 – DOKUMENT 54 (2014-2015) NR. 1

DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM ASSOZIIERUNGSABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND DER REPUBLIK MOLDAU ANDERERSEITS, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 27. JUNI 2014 – DOKUMENT 55 (2014-2015) NR. 1

DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM ASSOZIIERUNGSABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER EUROPÄISCHEN

ATOMGEMEINSCHAFT UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND DER UKRAINE ANDERERSEITS, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 21. MÄRZ 2014 UND AM 27. JUNI 2014 – DOKUMENT 56 (2014-2015) NR. 1

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR LAMBERTZ, Präsident: Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über drei Dekretentwürfe, für die das Präsidium eine gemeinsame Debatte vorschlägt. Es handelt sich um die Dekretentwürfe Nrn. 54, 55 und 56, die sich allesamt auf Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und ihren Partnerstaaten Georgien, Moldau und Ukraine andererseits beziehen. Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Vorstellung der drei Dokumente zehn Minuten, für die Stellungnahmen der Fraktionen jeweils zehn Minuten, für eventuelle Erwiderungen jeweils maximal drei Minuten.

Zunächst erteile ich dem Berichtersteller Herrn Grommes das Wort für den mündlichen Bericht.

HERR GROMMES (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In seiner Sitzung vom 11. Mai 2015 befasste sich der für allgemeine Politik und Zusammenarbeit zuständige Ausschuss I mit den Dekretentwürfen zur Zustimmung zu den Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine andererseits. Es handelt sich um die Dokumente 54, 55 und 56.

Aufgrund des engen inhaltlichen Zusammenhangs zwischen diesen Dekretentwürfen beriet der Ausschuss über alle drei Dokumente gleichzeitig. Der Ministerpräsident erläuterte den Ausschussmitgliedern Hintergründe und Inhalte der zur Zustimmung vorgelegten Assoziierungsabkommen.

Zur Frage eines Ausschussmitglieds, warum Euratom in diese Abkommen einbezogen werde, erklärte der Ministerpräsident, dass eine weitreichende Zusammenarbeit angestrebt werden solle, die nicht nur die Europäische Union, sondern eben auch die Europäische Atomgemeinschaft einschließt.

Zu den Abstimmungen: Die jeweils einzigen Artikel sowie die Gesamtheit der Dekretentwürfe wurden vom Ausschuss mit jeweils 6 Jastimmen einstimmig angenommen. Für die Abfassung des mündlichen Berichts wurde dem Berichtersteller ebenfalls einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen demnach die Annahme der in den Dokumenten 54, 55 und 56 veröffentlichten Entwürfe.

(Allgemeiner Applaus)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Vielen Dank für diesen Bericht! Möchte jemand dazu Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Paasch das Wort für die Vorstellung der drei Dekretentwürfe.

HERR PAASCH, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Assoziierungsabkommen mit Georgien, Moldawien und der Ukraine sind völkerrechtliche Verträge, die im Sinne von Artikel 167 §4 der Verfassung auch der Zustimmung unseres Parlaments bedürfen.

Entstanden sind diese Abkommen im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik bzw. im Rahmen der sogenannten östlichen Partnerschaften. Sie alle ersetzen bereits bestehende Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Europäischen Union und den drei Vertragspartnern und schaffen damit einen neuen rechtlichen Rahmen für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern Georgien, Moldawien und der Ukraine.

Wichtig dürfte in diesem Zusammenhang sein, dass diese Assoziierungsabkommen nicht als Vorstufe für einen künftigen Beitritt dieser Staaten zur Europäischen Union verstanden werden dürfen. Ziel der Abkommen ist vielmehr, enger zusammenzuarbeiten und bestehende Handelsbeschränkungen abzubauen.

Die drei Partnerstaaten verpflichten sich, rechtliche und wirtschaftliche Standards der Europäischen Union zu übernehmen. Die Europäische Union will ihrerseits Verwaltungsreformen in den jeweiligen Ländern unterstützen und dabei helfen, z. B. Korruption zu bekämpfen. Dabei wird die Bedeutung von Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit, von Menschenrechten, von Grundfreiheiten und nachhaltiger Entwicklung ganz besonders hervorgehoben. Der politische Teil dieser Abkommen regelt die politische Zusammenarbeit, nicht zuletzt in der Sicherheitspolitik und beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Es geht um die Förderung von Sicherheit und Stabilität. Es geht um die Achtung demokratischer Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit, Nicht-Diskriminierung und Minderheitenschutz.

In mehreren Absichtserklärungen möchten die Vertragspartner zudem gemeinsam die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bekämpfen und die Ausfuhr von Kleinwaffen kontrollieren. Der politische Teil dieser Abkommen enthält darüber hinaus Vereinbarungen in Bezug auf das gemeinsame Vorgehen gegen Kriminalität und Drogen.

Im wirtschaftlichen Teil der Abkommen wiederum vereinbaren die Vertragsparteien grundsätzlich einen Ausbau ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und ganz konkret eine engere Zusammenarbeit, z. B. in den Bereichen Energie, Umweltschutz, Verkehr und öffentliche Gesundheit. Den Kern der wirtschaftlichen Kapitel bildet aber die Vereinbarung von umfassenden und tiefgehenden Freihandelsabkommen. Zölle sollen abgebaut und europäische Standards etabliert werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicherlich kein Geheimnis, dass schon allein der Versuch der Europäischen Union, mit diesen Staaten, insbesondere mit der Ukraine, Assoziierungsabkommen abzuschließen, die Beziehungen zu Russland belastet hat. Man kann tatsächlich bedauern, dass die Europäische Union im Vorfeld insbesondere mit Russland zu wenig Wert auf präventive Diplomatie gelegt hat. Darauf haben nicht zuletzt die deutschen Altkanzler Schmidt, Kohl und Schröder und zahlreiche ehemalige europäische Außenpolitiker, darunter Hans-Dietrich Genscher, nachdrücklich hingewiesen. Begrüßenswert ist vor diesem Hintergrund dennoch, dass sich die Europäische Kommission Anfang September 2014 endlich zu trilateralen Gesprächen mit Russland durchgerungen hat. Die Kommission hat sich in diesem Rahmen mit der Ukraine und mit Russland z. B. darauf verständigt, den wirtschaftlichen Teil des Abkommens erst Ende 2015 in Kraft treten zu lassen.

Wie dem auch sei, Werte Kolleginnen und Kollegen, ich denke nicht, dass es zu den zentralen Aufgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens gehören sollte, entscheidend in den Ukraine-Konflikt einzugreifen. Das wäre ziemlich töricht und wohl auch anmaßend. Dafür sind ganz andere Instanzen zuständig, die über sehr viel mehr Know-how, Einfluss und wohl auch Einblick in die Verhandlungen verfügen als wir. Ich hoffe, Sie teilen diese Einschätzung und stimmen den drei Abkommen zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Allgemeiner Applaus*)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Vielen Dank! Gibt es Wortmeldungen? Als erster Redner hat Herr Mertes für die VIVANT-Fraktion das Wort.

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Herr Präsident, Mitglieder von Regierung und Parlament, Werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Bevor ich inhaltlich zu den drei vorliegenden Dekretentwürfen Stellung nehme, möchte ich

einleitend ein paar Worte zur Europäischen Atomgemeinschaft Euratom sagen. Sie ist eine Vereinigung, die vielleicht weniger bekannt ist, obwohl sie schon seit 1957 existiert. Euratom ist neben der Europäischen Union eine eigenständige internationale Organisation, teilt jedoch mit der EU sämtliche Organe. Euratom wurde durch ein Vertragswerk gegründet, das im Laufe der Zeit keine substanziellen inhaltlichen Veränderungen erfahren hat. Das bedeutet, dass der Vertrag schon seit 58 Jahren gültig und kaum verändert worden ist. Inhaltlich bezieht sich dieser Vertrag hauptsächlich auf die Forschung im Bereich der Kernenergie.

In der Periode 2007–2011 wurden ca. 3 Milliarden Euro und für den Zeitraum 2012–2013 2,5 Milliarden Euro investiert, wovon 2,2 Milliarden Euro für die Kernfusionsforschung. Dabei liegt der Schwerpunkt im Wesentlichen auf dem Bau des internationalen Fusionsversuchsreaktors ITER in Frankreich. 118 Millionen Euro wurden für die Forschungsprojekte im Bereich der Kernspaltung einschließlich Strahlenschutz ausgegeben sowie 233 Millionen Euro für die Nuklearforschungsarbeiten und die Arbeiten zur Gewährleistung der kerntechnischen Sicherheit der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission.

Trotzdem kritisiert z. B. der Deutsche Naturschutzring, dass der Euratom-Vertrag viele sicherheitspolitische Fragen offen lässt und keinerlei Bestimmungen zu Anlagensicherheit, Entsorgung und Endlagerung oder zu Bauweise und Betrieb von Anlagen enthält; es gibt nicht einmal einheitliche europäische Sicherheitsstandards.

Wir finden, 2,5 Milliarden Euro in zwei Jahren als Investition in die Nuklearforschung, das ist sehr viel Geld. Wir unterstützen dies nicht, denn wie Sie wissen, ist die VIVANT-Fraktion für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Dies bedeutet nicht, dass alle Atomkraftwerke sofort abgeschaltet werden sollen, aber das Geld wäre sinnvoller in die Forschung zu alternativen Energiequellen bzw. in den Ausbau der Energienetze investiert. Spätestens seit Fukushima wissen wir, welche Gefahren die Nuklearenergie darstellt.

Wir brauchen die Atomenergie auch nicht nach Georgien, in die Republik Moldau oder in die Ukraine zu exportieren. Wenn aber Organisationen wie Euratom einem solchen Assoziierungsabkommen beitreten, dann dient dies höchstwahrscheinlich dazu, auch der Industrie im Bereich der Atomenergiegewinnung den Markt zu öffnen.

Ich komme zurück zum Assoziierungsabkommen. Der Ministerpräsident hat gerade einige Altkanzler der Bundesrepublik Deutschland erwähnt, die sich kritisch zu diesem Vertrag geäußert haben. Auch ich möchte ein paar dieser Altkanzler sowie den ehemaligen deutschen Außenminister Genscher zitieren.

Altkanzler Helmut Schmidt bezeichnete im Mai 2014 in einem Interview die Politik der EU-Kommission als „unfähig und Größenwahnsinnig“. Sie mische sich in die Weltpolitik ein und provoziere damit die Gefahr eines Krieges. Die Bürokraten in Brüssel hätten die Ukraine vor die „scheinbare Wahl“ gestellt, sich zwischen West und Ost entscheiden zu müssen. Günter Verheugen widersprach Schmidt: EU-Politiker, nicht Beamte hätten sich offen mit dem Euro-Maidan solidarisiert und nicht gesehen oder sehen wollen, dass es sich weder um eine landesweite noch um eine homogene Bewegung handelt. Europäische Politiker hätten sich als „blind für die innenpolitischen Spannungen zwischen der Ost- und der Westukraine“ erwiesen. „Weil europäische politische Eliten nur noch in Kategorien wie prorussisch und proeuropäisch denken konnten und den Konflikt statt den Dialog mit Russland bevorzugten, haben sie – und nicht die Brüsseler Bürokraten – die schwerste Krise in Europa in diesem Jahrhundert mit ausgelöst. Ein Gutteil der Verantwortung dafür liegt in Berlin“, so Verheugen.

Altkanzler Helmut Kohl äußerte am 12. März 2013 gegenüber *Bild*, die Aufbruchsstimmung in der Ukraine sei nicht immer klug begleitet worden. Auch habe es an Sensibilität im Umgang mit den russischen Nachbarn, insbesondere mit Präsident Putin, gemangelt.

Altkanzler Gerhard Schröder kritisierte in der *Zeit*-Matinee vom 9. März 2014, die EU hätte bei Assoziierungsabkommen angesichts der kulturellen Teilung der Ukraine kein Entweder-oder formulieren dürfen. Ein Sowohl-als-auch wäre vernünftiger gewesen. Schröder verwies auf die nachvollziehbaren Einkreisungsängste der russischen Regierung angesichts der Entwicklungen der Vergangenheit.

Der ehemalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher forderte, an der Idee einer gemeinsamen Freihandelszone mit Russland festzuhalten. „Es wäre schön, wenn daraus etwas geworden wäre. Dann wäre die Frage der Assoziierung der Ukraine mit der EU möglicherweise anders eingeschätzt worden.“

Abschließend möchte ich Niels Annen, der von 2011 bis 2013 Mitarbeiter im Referat Internationale Politikanalyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung war, zitieren. Er stellte am 16. Mai 2014 kritisch fest, die Assoziierung sei als „Alternative zur Mitgliedschaft“ gedacht gewesen. „Das, was die EU-Kommission in den letzten Jahren daraus gemacht hat, war eine De-facto-Beitrittsverhandlung. Dass das auf Dauer nicht gut gehen konnte, wenn man die Ukraine vor eine unmögliche Wahl zwischen Ja zu Europa und Nein zu Russland stellt, das ist [...] hinreichend deutlich geworden.“

Interessant an diesen Zitaten ist, dass sich alle diese Personen, die ja politisch nicht unbedingt einer Meinung sind, zu diesem Thema sehr ähnlich äußern. Vorhin hat Herr Ministerpräsident Paasch erwähnt, dass bei der Vorbereitung gelinde gesagt sehr unglücklich gehandelt worden sei. Ich bin der Ansicht, dass bei den Verhandlungen fahrlässig gehandelt worden ist.

Ich möchte zusammenfassend hinzufügen, dass die Bedingungen des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine aus politischer Sicht unverantwortlich sind. Wir haben es gerade gehört: Man hat die Ukraine vor die Wahl gestellt; ein Ja zu Europa bedeutet aber automatisch ein Nein zu Russland. Warum hat man das gemacht? Es wäre sicherlich interessant, dieser Frage nachzugehen, aber das würde den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen. Fakt ist auf jeden Fall, dass man damit einen tiefen Graben zwischen die EU und Russland gelegt hat. Es wäre sinnvoller gewesen, die Vertiefung der Handelsbeziehungen mit der Ukraine als einen ersten Schritt in Richtung Vertiefung des Handels mit Russland zu sehen. Das Abkommen hätte eine Brückenfunktion zwischen der EU und Russland wahrnehmen können. Bedenken wir: Russlands Interessen in der Ukraine sind groß. Das haben wir in den letzten Monaten und im letzten Jahr oft genug miterlebt. Wir sollten auch nicht vergessen, dass Russland ein Teil Europas ist. Langfristige Stabilität und Frieden in Europa kann es nur mit Russland geben. Deswegen werden wir den vorliegenden Dekretentwürfen nicht zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei VIVANT)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Herr Servaty hat das Wort.

HERR SERVATY (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zunächst den Hinweis, dass meine Stellungnahme im Namen der Mehrheitsfraktionen PFF, ProDG und SP erfolgt.

Inhaltlich folgen die vorliegenden Zustimmungsdekrete der Logik der EU-Osterweiterung und erhöhen somit den Einfluss der europäischen Staatengemeinschaft im Osten unseres Kontinents. Mit dieser Feststellung sind wir gleich an einem kritischen Punkt angelangt, denn dass solche Assoziierungsabkommen, die konkret auf Freihandel und Teilnahme an der europäischen Energiepolitik abzielen, gerade zur jetzigen Zeit einen hohen Grad an Brisanz bergen, liegt auf der Hand. Gerade im Fall der sich durch den Bürgerkrieg im freien Fall befindenden Ukraine birgt ein solches Abkommen sicherlich auch Gefahren.

Die geopolitische Strategie hinter diesem Abkommen ist aus westlicher Sicht nachvollziehbar, reiht es sich doch in die lange Liste der Sanktionen und Drohgebärden

gegenüber Russland ein. Dass Kiew einer solchen Maßnahme positiv gegenübersteht, dürfte klar sein; ob jedoch in der prorussischen Hochburg im Osten des Landes ein solches Abkommen als Erfolg gefeiert wird, darf mehr als bezweifelt werden.

Die Gefahr, dass die unterschiedlichen Interessen in der Ukraine durch solche Maßnahmen weiter auseinanderdriften und sich das Land mehr und mehr in einen *failed state* entwickelt, sollte daher nicht außer Acht gelassen werden.

Vergessen wir nicht, dass besagtes Assoziierungsabkommen einer der Auslöser der schweren Unruhen in der Ukraine im vergangenen Jahr war und dass sich der tiefe Zwierspalt in der ukrainischen Gesellschaft gerade dann in voller Härte zeigt, wenn richtungsweisende Entscheidungen über eine Orientierung des Landes nach Westen oder nach Osten anstehen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich beinhalten die drei vorliegenden Abkommen auch viele positive Aspekte: So ist davon auszugehen, dass der Ausbau der Handelsbeziehungen und die politische Harmonisierung vor allem in außenpolitischen, juristischen und Grundrechtsfragen grundlegende humanitäre Verbesserungen mit sich bringen werden. Die wirtschaftliche Entfaltung dürfte ansteigen, die Korruption eingedämmt werden.

Ob die Maßnahmen jedoch bei möglichen wirtschaftspolitischen Interventionen Russlands den erwünschten positiven Effekt auf diese Entwicklung haben werden, steht nach heutigem Stand noch in den Sternen. Es besteht durchaus die Gefahr, dass in Zukunft vor allem die Ukraine und Georgien zum Spielball der Supermächte werden bzw. Gefahr laufen, instrumentalisiert zu werden. Dass ein solcher Status quo selten zu Wohlstand, Frieden und Stabilität führt, zeigt die Geschichte aufs Deutlichste.

Vor dem Hintergrund weiterer denkbarer Eskalationsstufen zwischen westlicher Welt und russischer Einflusszone bewerten wir es daher als positiv, dass die vorliegenden Abkommen nicht als vorbereitende Phase für einen künftigen EU-Beitritt der Partnerländer verstanden werden sollen.

Wir stellen uns gegenwärtig nicht gegen solche Abkommen, weil in unseren Augen die Vorteile bei Weitem überwiegen. Dennoch raten wir zur Vorsicht bei dem Versuch, in Zukunft immer weiter gehende Abkommen und eine immer offensichtlichere Ausweitung des europäischen Einflussgebietes vorzunehmen. Das Ziel der EU sollte es sein, regionalen Konflikten vorzubeugen, statt diese noch zusätzlich zu befeuern!

Werte Kolleginnen und Kollegen! Vergessen wir nicht: Stabilität in der Ukraine und in den Gebieten im direkten russischen Einflussgebiet kann nur gemeinsam mit Russland geschaffen werden!

Die Mehrheitsfraktionen stimmen den vorliegenden Dekretentwürfen zu. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der SP, ProDG und der PFF)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Vielen Dank! Als nächster Redner hat Herr Mockel von der ECOLO-Fraktion das Wort.

HERR MOCKEL (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien haben eine ganz andere internationale Bedeutung als die Dekretentwürfe, die üblicherweise zu internationalen Abkommen in diesem Haus beschlossen werden, denn sie markieren nicht weniger als den Beginn einer neuen europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Osteuropa.

In allen drei Ländern schwelen Konflikte mit dem übermächtigen Nachbarn Russland. Dieser unterstützt mehr oder weniger offen die Abspaltungsbestrebungen der russisch

dominierten Landesteile, bis hin zum Bürgerkrieg. Im Osten der Ukraine halten die Kämpfe weiterhin an, und in der Vergangenheit war die Situation in Georgien und in der Republik Moldau ähnlich. Im Fall der Ukraine war die Tatsache, dass 2013 der damalige Präsident auf russischen Druck hin die Unterzeichnung genau dieses Abkommens, über das wir heute abstimmen, verweigert hatte, sogar der Auslöser der Proteste auf dem Maidan-Platz, was wiederum den Sturz des Janukowitsch-Regimes zur Folge hatte.

Alle drei Assoziierungsabkommen enthalten umfassende Bestimmungen über den Respekt der Menschenrechte, über eine Festigung des Justizwesens und über finanzielle Unterstützung, auf die die betreffenden Staaten dringend angewiesen sind. Damit ist die heutige Abstimmung ein Stück weit auch eine Abstimmung über europäische Werte. Es geht darum, die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau beim Aufbau eines verlässlichen und demokratischen Rechtsstaates zu unterstützen. Genau das sind die Werte, mit denen ich die Europäische Union und die Europäische Einigung verbinden möchte. Genau das sind die Werte, die ECOLO auf allen politischen Ebenen unterstützt.

Wir haben, und das ist die Kehrseite der Medaille, aber auch Vorbehalte: Wir haben Vorbehalte gegen die Freihandelsklauseln, die in allen europäischen Abkommen dieser Art enthalten sind. Sie öffnen Tür und Tor für eine Deregulierung der Märkte, für Lohn- und für Umweltdumping. Den Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt schaden diese Klauseln eher. Das sind nicht die Werte, mit denen ich Europa und die Europäische Union verbinden möchte. ECOLO tritt dieser Logik auf allen Ebenen entschieden entgegen, in diesem Parlament bis hin zum Europaparlament.

Um unseren Vorbehalten gegen diese Kehrseite der europäischen Partnerschaftspolitik Ausdruck zu verleihen, wird sich meine Kollegin Franzen bei der Abstimmung über die drei Assoziierungsabkommen symbolisch der Stimme enthalten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei ECOLO)

HERR LAMBERTZ, Präsident: Vielen Dank! Möchte die Regierung auf die Stellungnahmen reagieren? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Diskussion und Abstimmung über die drei Dokumente und beginnen mit dem Dekretentwurf – Dokument 54 (2014-2015) Nr. 1. Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel ist eröffnet.

Möchte jemand zu diesem Artikel das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Der einzige Artikel ist mit 16 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 54. Es stimmen mit Ja Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, Herr K.-H. LAMBERTZ, die Herren A. MIESEN, A. MOCKEL, R. NELLES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, A. VELZ, F. WIRTZ, M. BRAEM, F. CREMER, D. FRANZEN, G. FRECHES und H. GROMMES.

Es stimmen mit Nein die Herren A. MERTES und M. BALTER.

Es enthält sich der Stimme Frau F. FRANZEN.

Das Dekret ist mit 16 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.
(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 54 (2014-2015) Nr. 1)

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf – Dokument 55 (2014-2015) Nr. 1. Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel ist eröffnet.

Möchte jemand zum einzigen Artikel das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der einzige Artikel ist mit 16 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 55.
Es stimmen mit Ja Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, Herr K.-H. LAMBERTZ, die Herren A. MIESEN, A. MOCKEL, R. NELLES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, A. VELZ, F. WIRTZ, M. BRAEM, F. CREMER, D. FRANZEN, G. FRECHES und H. GROMMES.
Es stimmen mit Nein die Herren A. MERTES und M. BALTER.
Es enthält sich der Stimme Frau F. FRANZEN.

Das Dekret ist mit 16 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.
(*Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 55 (2014-2015) Nr. 1*)

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf – Dokument 56 (2014-2015) Nr. 1. Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel ist eröffnet.

Möchte jemand zum einzigen Artikel das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der einzige Artikel ist mit 16 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 56.
Es stimmen mit Ja Frau E. JADIN, Frau L. KLINKENBERG, Herr K.-H. LAMBERTZ, die Herren A. MIESEN, A. MOCKEL, R. NELLES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, A. VELZ, F. WIRTZ, M. BRAEM, F. CREMER, D. FRANZEN, G. FRECHES und H. GROMMES.
Es stimmen mit Nein die Herren A. MERTES und M. BALTER.
Es enthält sich der Stimme Frau F. FRANZEN.

Das Dekret ist mit 16 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.
(*Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 56 (2014-2015) Nr. 1*)

Die heutige Tagesordnung ist somit erschöpft. Die nächste Plenarsitzung findet am 29. Juni 2015 statt.

Ich schließe die heutige Sitzung.

Der Präsident schließt die Sitzung um 19.59 Uhr.